Nr. 372 ♦ 41. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 190

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 3,— Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" mit „Siedlung und Kleingarten", sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und Frauenbeilage „Frauenstimme" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Goldpfennig
100 Milliarden

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 0,70 Goldmark, Reklamezeile 4,— Goldmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 0,20 Goldmark (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengesuche das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,30 Goldmark.
Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Sonnabend, den 9. August 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Herriot fliegt nach Paris.

Der Ministerrat soll entscheiden.

Paris, 8. August. (WTB.) Wie Havas aus London meldet, werden der französische Ministerpräsident **Herriot**, der Kriegsminister **Nollet** und der Finanzminister **Clementel** morgen, Sonnabend nachmittag, **nach Paris** abreisen, eventuell im **Flugzeug**, um den Ministerrat zu befragen, welche Stellung die französische Delegation zu den Fragen der militärischen **Räumung** und zur Beibehaltung der **Eisenbahner** einnehmen soll. Die drei Delegierten beabsichtigen am Sonntagabend wieder in London zu sein.

Diese Reise darf, wie Havas weiter feststellt, **nicht als das Eintreten einer Krise** auf der Londoner Konferenz angesehen werden, sondern lediglich als ein **Wunsch** des Ministerpräsidenten, am Tage vor wichtigen Entscheidungen die **Ansicht seiner Mitarbeiter** zu hören. Weiter berichtet Havas, daß **im Prinzip** zwischen den Alliierten und den deutschen Sachverständigen ein **Einvernehmen** in der Frage der von Deutschland verlangten Garantien und in der Frage des Schiedsgerichts im Falle eines Konfliktes zwischen dem Zahlungsausschuß und Deutschland unter dem Vorbehalt der Billigung durch die Delegationsführer bereits erzielt worden sei.

Ueberraschung in Paris.

Paris, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Die am Freitag nachmittag in Paris eingetroffene Nachricht, daß Herriot am Sonnabend zusammen mit den Ministern Nollet und Clementel zu einer Besprechung mit den übrigen Mitgliedern der Regierung nach Paris kommen werde, hat hier begreiflicherweise **stark überrascht**, da sie zunächst an eine Krise der Londoner Verhandlungen glauben ließ. Eine halbamtliche Auslassung stellt sie jedoch ausdrücklich **in Abrede** und gibt als Grund der Reise den begreiflichen Wunsch der französischen Unterhändler an, den Ministerrat über die bisherigen Ergebnisse der Konferenz in Kenntnis zu setzen und sich mit ihnen über die beiden in London bisher noch nicht erledigten Kardinalfragen zu beraten, nämlich die der militärischen Räumung des Ruhrgebietes und der Zurücklassung von 4000 französisch-belgischen Eisenbahnern auf den strategisch wichtigen Strecken des Rheinlandes. „Es ist **durchaus natürlich**," heißt es in der von Havas verbreiteten halbamtlichen Mitteilung, „daß der Ministerpräsident am Vorabend wichtiger Entscheidungen, sowohl in der Frage der Reparationen wie in der der Sicherheit, sich der vollkommeren Uebereinstimmung mit seinen Kollegen versichern will, mit denen er seit nahezu einem Monat keine Möglichkeit zu direkter Aussprache mehr gehabt hat."

Die französischen Minister werden am Sonnabend sofort nach Beendigung der üblichen Vormittagssitzung der alliierten Delegationschefs die Reise nach Paris **im Flugzeug** antreten. Ihr Aufenthalt in Paris soll nur 24 Stunden dauern. Am Sonntag vormittag soll ein Ministerrat stattfinden, nach dessen Beendigung die französischen Delegierten die Rückreise nach London antreten werden, wo sie für Sonntag abend zurückerwartet werden.

Nollet gegen Herriot?

In unterrichteten Kreisen verlautet, daß der **Hauptgrund** für den unerwarteten Beschluß Herriots, seinen Aufenthalt in London zu unterbrechen, um sich mit den in Paris zurückgebliebenen Mitgliedern seines Kabinetts zu besprechen, in den **sehr scharfen Meinungsverschiedenheiten** zu suchen sei, zu denen es **innerhalb der französischen Delegation** über die beiden in der halbamtlichen Mitteilung erwähnten Fragen der militärischen Räumung des Ruhrgebiets und der Zurücklassung von 4000 Eisenbahnern auf den rheinischen Eisenbahnstrecken gekommen sei. Die französische Forderung bezüglich der Eisenbahner soll auf eine sehr **kategorische Ablehnung** von englischer Seite gestoßen sein. **Herriot** sei angeblich **bereit**, diese Forderung fallen zu lassen, sei aber dabei dem sehr energischen **Widerstand seines Kriegsministers** begegnet. Aehnlich scheinen die Dinge in der Frage der baldigen **Räumung** des Ruhrgebiets zu liegen. Dem gegen den französischen Versuch, die Zurückziehung der Truppen sich mit englischen Zugeständnissen in der Frage der interalliierten Schulden oder durch deutsche Zugeständnisse wirtschaftlicher Natur abkaufen zu lassen, geltend gemachten Argument, daß die militärische Besetzung nach der Definition, die selbst Poincaré gegeben habe, mit der Zurückziehung der französischen Ingenieure **jeden Rechtsgrund verloren** habe, hat sich Herriot anscheinend nicht entzogen. Aber auch dabei ist er bei Nollet auf entschiedenen Widerstand gestoßen, und die Versuche des Finanzministers Clementel, die Gegensätze zu überbrücken, scheinen **bisher erfolglos** geblieben zu sein. General Nollet verlangt als Vorbedingung für die Räumung des Ruhrgebietes nicht nur die restlose Durchführung der interalliierten **Militärkontrolle** sowie der in der letzten Note der Botschafterkonferenz geforderten Inspektion, sondern darüber hinaus die **Auflösung der grünen Schutzpolizei** sowie bestimmte Garantien in bezug auf die angeblich in Deutschland noch immer bestehenden militärischen Geheimorganisationen. Angesichts dieser Sachlage scheint Herriot die Verantwortung für die zu treffenden Entscheidungen nicht allein übernehmen, sondern sich durch einen formellen Beschluß des Ministerrats **decken** zu wollen. Gerüchte, daß es am Sonntag unter Umständen zu einer Demission des Kriegsministers kommen werde, entbehren einstweilen jeder Grundlage.

Unterbrechung der Konferenz mindestens bis Montag.

London, 8. August. (WTB.) Der Rat der Vierzehn **vertagte** sich heute nachmittag 4 Uhr. Wie verlautet, sind ihm vom zweiten und dritten Komitee **noch keine endgültigen Beschlüsse** vorgelegt worden. Macdonald begibt sich wahrscheinlich morgen aufs Land; er hat sich vorbehalten, eine Sitzung für Montag einzuberufen. Morgen vormittag finden vermutlich Komiteesitzungen statt.

London, 8. August. (WTB.) **Reuter** berichtet: Bisher ist über die heutige Tätigkeit der Konferenz **wenig** zu melden. Der Rat der Vierzehn beabsichtigte, um 2 Uhr 30 Minuten zusammenzutreten, wenn Hoffnung bestände, daß die Berichte der beiden Ausschüsse entsprechend vorbereitet seien. Der allgemeine Eindruck ist auch jetzt, daß die Konferenz **nicht vor Mitte nächster Woche** zu Ende gehen kann.

„Durchaus befriedigender Verlauf".

London, 8. August. (WTB.) Wie hier verlautet, kann der bisherige Fortgang der Verhandlungen sowohl in bezug auf die allgemein herrschende Atmosphäre wie auch auf die sachlichen Ergebnisse als **durchaus befriedigend** angesehen werden. Die augenblickliche Lage der Konferenz kann man als „**hoffnungsvoll aber noch nicht geregelt**" bezeichnen. Es ist zu erwarten, daß die Beratungen des zweiten Ausschusses über die **wirtschaftliche** Räumung des Ruhrgebiets heute vormittag vollkommen erledigt werden. Mit Sicherheit kann angenommen werden, daß sich dieser Ausschuß im Wesentlichen **einigen** wird.

Die Kompromißbasis.

London, 8. August. (Funkbericht unseres Sonderkorrespondenten.) In den Vordergrund der Londoner Beratungen dürfte von jetzt ab die erstrebte Regelung der **Räumungsfrage** treten, nachdem der baldige Abschluß der Kommissionsberatungen **nicht mehr zweifelhaft** erscheint. Die **Basis**, auf der die Erörterung dieser schwierigen Angelegenheit erfolgen könnte, ist vorläufig allerdings **noch nicht** gefunden. Immerhin haben wir begründeten Anlaß zu der Annahme, daß die Chefdelegierten der französischen, belgischen und deutschen Delegation jetzt versuchen wollen, durch **Verbindung der Räumungsfrage mit dem Problem der Sicherheit und der militärischen Kontrolle** auf der einen Seite und der Vorbereitung eines **deutsch-französischen Handelsvertrages** und Verlängerung der Frist für **zollfreie Einfuhr** nach Deutschland über die elsässische Grenze auf der anderen Seite einen Ausweg zu finden. Diese Zollfreiheit über die elsässische Grenze läuft vertragsmäßig im Jahre 1925 ab.

Aus guter Quelle erfahren wir, daß dieser Fragenkomplex am Freitag abend zwischen den zuständigen Mitgliedern der französischen, belgischen und deutschen Delegation an einem neutralen Orte besprochen worden ist. Als Folge dieser Besprechung begibt sich **Herriot** am Sonnabend im Flugzeug nach Paris, um dort über die Grundlinien der geplanten Lösung des Räumungsproblems zu verhandeln. Die Verhandlungen über die Räumung des Ruhrgebiets und des Düsseldorf-Duisburger Sanktionsgebiets werden infolgedessen **erst am Montag** vormittag nach der Rückkehr Herriots aus Paris weitergeführt werden können. Falls eine Einigung erzielt wird, soll das Verhandlungsergebnis in einem Protokoll festgelegt werden, das dann den Rat der „Großen Vierzehn" beschäftigen dürfte.

Interalliierte Finanzkonferenz in Paris?

London, 8. August. (WTB.) Reuter berichtet: Es besteht der Plan, eine Zusammenkunft der **Finanzminister und Sachverständigen** nach Abschluß dieser Konferenz in **Paris** zu vereinbaren. Gegenstand dieser neuen Konferenz wäre die **Verteilung** der Reparationszahlungen, die von Deutschland seit dem Beginn des Jahres 1923 und während des ersten Jahres der Wirksamkeit des Dawes-Planes erhalten worden sind, zu beraten. Ein anderer wichtiger Punkt wäre ferner die Frage, ob die französische und belgische Regierung die **Ausgaben für die Ruhrbesetzung** aus dem Gutachten der Reparationskommission nehmen dürfe.

Amerika will seinen Anteil an Reparationen.

New York, 8. August. (WTB.) (Durch Funkspruch.) Wie „Associated Preß" aus Washington meldet, habe Amerika die Absicht, an einer **Konferenz** der Alliierten zur Beratung der **Verteilung** der von Deutschland nach den Bestimmungen des Dawes-Planes zu leistenden **Reparationszahlungen teilzunehmen**. Die Angelegenheit sei für Amerika deshalb von Wichtigkeit, weil eine solche Konferenz das einzige Mittel darstellen würde, um von Deutschland Bezahlung der von der deutsch-amerikanischen Kommission Amerika zugesprochenen Forderungen oder die Zurückzahlung der amerikanischen Besatzungskosten zu erhalten.

(Weitere Konferenznachrichten auf der dritten Seite.)

Was wird aus der Rentenbank?

Der Reichslandbund als Staat im Staate.

Die Zollvorlage soll der Landwirtschaft die wirtschaftliche Vormachtstellung wiedergeben, die sie vor dem Kriege besessen hat. Die großagrarischen Kreise wollen die augenblickliche politische Konjunktur und die augenblickliche Kräfteverteilung im Parlamente ausnutzen, um sich eine wirtschaftliche Machtstellung zu schaffen, die es ihnen ermöglichen soll, weit mehr als in den vergangenen Jahren auf das politische Leben in Deutschland einzuwirken. Die Bedeutung des Zollkampfes geht deshalb weit über den Rahmen einer Auseinandersetzung über die Wirtschaftspolitik hinaus. Der Kampf gegen die Agrarzölle ist ein Kampf um die Gestaltung der politischen Machtverhältnisse und der wirklichen Verfassung in Deutschland.

Neben der großen Beachtung, die deshalb die Zollpläne der Regierung gefunden haben, ist die andere nicht minder wichtige Tatsache fast unbemerkt geblieben, daß die Landwirtschaft sich mit dem Plane trägt, sich mit Staatshilfe und unter Ausnutzung des staatlichen Zwanges ein gewaltiges wirtschaftliches Machtinstrument zu schaffen. Dies Instrument soll sie politisch und wirtschftlich so fest zusammenfassen, daß sie fast zum Staat im Staate wird, es müßte, wenn es zur Tatsache wird, den Spitzenorganisationen der Landwirtschaft die Möglichkeit geben, die staatliche Agrarpolitik unwirksam zu machen und darüber hinaus die gesamte staatliche Wirtschaftspolitik zu durchkreuzen.

Bei diesem Plane handelt es sich um die Umgestaltung der Rentenbank in ein großes privates **agrarisches Zentralinstitut**. Das Dawes-Gutachten sieht die Liquidierung der Rentenbank vor. Die hypothekarische Belastung der gesamten Landwirtschaft, auf der die Rentenbank aufgebaut ist, soll die breite Grundlage abgeben für eine große Agrarkreditbank. Wie die Oeffentlichkeit aus einem Artikel von Dr. Seelmann-Eggebert in der „Deutschen Tageszeitung" erfährt, sind die Gesetzentwürfe für die Ueberführung der Rentenbank in ein Agrarkreditinstitut im großen und ganzen fertig. Der Gesetzentwurf über die Liquidierung der Rentenbank ist völlig fertiggestellt, der Gesetzentwurf über die Schaffung eines agrarischen Kreditinstituts steht in den Grundzügen fest. Die Probleme, die bei der Schaffung der Rentenbank für den Fall der Liquidierung bereits erörtert worden sind, werden nun aktuell. Nun zeigt es sich, eine wie große Gefahr darin lag, daß man die Leitung der Rentenbank nicht in die Hand des Staates, sondern in die Hand von **Vertretern einzelner Stände**, von Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie, des Gewerbes und des Handels einschließlich der Banken gelegt hat. Für die Periode der Wirksamkeit der Rentenbank, die von vornherein nur als außerordentlicher Notbehelf in außerordentlicher Notzeit gedacht war, war diese Konstruktion immerhin noch erträglich. Die enge Begrenzung der Funktionen der Rentenbank, die es unmöglich machte, daß dies Institut zu einem Machtinstrument gegen die staatliche Politik auf dem Gebiete des Geldwesens und der Wirtschaftspolitik wurde, verhinderte die Ausnutzung der Leitung dieses Instituts durch die Ständevertreter zu politischen Zwecken. Wenn aber nun dies als Notbehelf gedachte Institut verewigt werden soll, und gleichzeitig die dadurch repräsentierte Wirtschaftsmacht für alle Zeiten in die Hand von Ständevertretern gelegt werden soll, die in der wirtschaftspolitischen Ausnutzung dieses Machtmittels im weitesten Sinne durch staatliche Vorschriften nicht eingeengt sind, so liegt darin **eine überaus große wirtschaftliche und politische Gefahr**.

Der Inhalt dieser Pläne ist etwa folgender: Industrie, Gewerbe, Handel und Banken werden aus der Rentenbank ausscheiden. Nach ihrem Ausscheiden bleibt die Generalhypothek, die durch staatlichen Zwang auf die gesamte Landwirtschaft gelegt worden ist, übrig. Diese hypothekarische Belastung beträgt zwei Milliarden Goldmark. Mit der Einlösung der umlaufenden Rentenscheine wird diese hypothekarische Belastung, die bisher als Deckung für das Rentengeld diente, frei werden. Es ist geplant, diese hypothekarische Belastung zur Generalsicherung für die Kreditgeschäfte der neu zu gründenden Agrarkreditbank zu machen. Darüber hinaus aber soll das angesammelte Kapital der Rentenbank, das durch die Zinszahlungen der hypothekarisch belasteten Anteilseigner der Rentenbank zusammengekommen ist, als Grundvermögen der neuen Agrarbank zugeführt werden. Es handelt sich dabei um ein Kapital von rund 200 Millionen Goldmark.

Die neue Agrarbank soll als Zentralkreditinstitut dienen, das mit landwirtschaftlichen Banken und Instituten, aber nicht mit Einzelpersonen Geschäfte treiben soll. Dies Institut soll vollständig in die Hand und unter die Leitung der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen gegeben werden. Das **Mitbestimmungsrecht der Einzelpersonen** der Landwirtschaft, die im Grunde genommen die wirtschaftlichen Träger des Institutes sind und aus deren Vermögen das Grundkapital der neuen Agrarbank stammt, ist ein **indirektes und unsicheres**. Sein Ausmaß richtet sich nach dem Ausmaß des Einflusses, den der einzelne in den landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen auszuüben vermag. Die Konstruktion der Rentenbank soll auf dieses Institut übertra-

gen werden, d. h. daß der Anteilseigner kein Stimmrecht hat, sondern nur die landwirtschaftliche Spitzenorganisation. Die Situation würde dann also die sein, daß durch staatlichen Zwang von der Allgemeinheit der Landwirtschaft Mittel aufgebracht worden sind, um der Spitzenorganisation eine unerhörte wirtschaftliche Machtfülle in die Hand zu geben. Der Aufsatz in der „Deutschen Tageszeitung" deutet die zentrale Stellung und den ungeheuren Einfluß der neuen Agrarbank ziemlich unverhüllt an.

„Dennoch könnte sie kraft ihrer Stellung wirtschaftspolitisch auf das segensreichste wirken und dafür sorgen, daß alle Kreditoperationen und Sonderaufgaben der einzelnen angeschlossenen Organisationen nach bestimmten, im Verwaltungsrat festzulegenden Richtlinien zum Wohle des Ganzen und zum mindesten bei kurzfristigen Anleihen möglichst ohne ausländisches Kapital ausgeführt würden."

Die landwirtschaftliche Spitzenorganisation aber, deren Einfluß in dem neuen agrarischen Kreditinstitut entscheidend sein wird, ist der Reichslandbund. Werden diese Pläne durchgeführt, so wird der Reichslandbund zu einem der stärksten in der Verfassung nicht vorgesehenen tatsächlichen Faktor des deutschen Verfassungslebens, zu einem Staat im Staate, dessen Macht nicht unterschätzt werden darf.

Wir sehen nicht ein, wie sich eine solche Einrichtung mit dem Sinn der demokratischen Verfassung vertragen könnte. Die Durchführung dieser Pläne würde einen ernsten Schritt der Rückkehr zu einer ständischen Verfassung bedeuten, wie sie Vorbilder nur in der ungeschriebenen Verfassung Englands am Beginn des neunzehnten Jahrhunderts hat. Eine unkontrollierte und unkontrollierbare wirtschaftliche Macht würde mit Staatshilfe geschaffen werden, die notwendig bald ihre wirtschaftliche Macht zur Erreichung politischer Ziele gebrauchen würde. Soll ein Zentralagrarkreditinstitut geschaffen werden, so gehört es in die Hand und unter die Kontrolle des Staates, nicht in die Hand einer ständischen Vertretung, die sich bisher schon als Machtorganisaton gegen den heutigen Staat gefühlt hat und ihn und seine Verfassung auf das heftigste bekämpft.

Die Oeffentlichkeit muß diese Pläne verfolgen. Sie können nur verwirklicht werden auf dem Wege der Gesetzgebung. Es scheint uns ausgeschlossen, daß selbst bei dem Kräfteverhältnis im heutigen Reichstag eine solche praktische Rückwärtsrevision der demokratischen Verfassung zur ständischen Verfassung beschlossen werden könnte.

Der Reichsrat für den Brotwucher.

Erklärung der preußischen Regierung gegen die Zollvorlage

Der Reichsrat beriet in seiner öffentlichen Vollsitzung vom Freitag den Gesetzentwurf über Zölle und Umsatzsteuer. Die Ausschüsse des Reichsrats haben zur Umsatzsteuer eine Entschließung angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, dem Reichsrat umgehend Vorschläge zu unterbreiten zu einer systematischen Aenderung des Umsatzsteuergesetzes, namentlich im Interesse der deutschen Ausfuhr. Außerdem wurde von den Ausschüssen eine Bestimmung angenommen, wonach der bisherige Anteil der Länder an der Umsatzsteuer bis Ende des Kalenderjahres 1924 erhalten bleiben soll.

Vor der Abstimmung gab Ministerialdirektor Dr. Robis namens der Preußischen Staatsregierung folgende Erklärung ab:

„Die Preußische Staatsregierung wird heute ihre Stimme gegen die Vorlage abgeben. Ich habe aber ausdrücklich zu erklären, daß die Preußische Regierung die Notlage der Landwirtschaft ebenso anerkennt wie die Regierungen, die ihre Stimme für die Vorlage abgeben werden.

Sie hält aber das Mittel der Wiedereinführung von Getreidezöllen nicht für geeignet, mindestens zurzeit nicht, um dieser Notlage abzuhelfen.

Schleunige Hilfe kann der Landwirtschaft nur durch Beschaffung von Krediten gebracht werden, und hier hat die Preußische Regierung auch die erforderlichen Verhandlungen eingeleitet und in gewissem Sinne sogar die Führung übernommen. Der Zoll wird jetzt der Landwirtschaft kein Geld bringen, denn ohne Kredite muß sie sofort verkaufen. Die Händler haben dann das Getreide in der Hand und sie werden es sein, die dann im Frühjahr den Zollgewinn durch Preisaufschlag machen werden. Die Hauptschwierigkeit, unter der die Landwirtschaft zurzeit leidet, ist die viel zu große Spanne zwischen den Preisen, die der Produzent erhält, und den Preisen, die der Konsument zahlen muß. Hier muß nach Ansicht der Preußischen Regierung eingesetzt werden, um durch Ausschaltung ungerechtfertigter Zwischengewinne sowohl den Produzenten wie den Konsumenten zu angemessenen Preisen zu verhelfen. Vor allem aber glaubt die Preußische Regierung in jetzigem Augenblick, wo noch nicht zu übersehen ist, welche Auswirkung die Londoner Verhandlungen auf das deutsche Wirtschaftsleben haben werden, und wo mit steigender Arbeitslosigkeit zu rechnen ist, nicht bei einer Maßnahme mitwirken zu können,

die zur Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Masse der Bevölkerung führen muß.

Sie hätte es daher vorgezogen, wenn die Entscheidung des Reichsrats noch einige Zeit hinausgezogen worden wäre. Da dies nicht hat erreicht werden können, wird die Preußische Regierung heute gegen die Vorlage stimmen."

In der Abstimmung wurde die Vorlage nach den Beschlüssen der Ausschüsse mit 35 gegen 26 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten das Preußische Staatsministerium, die Vertreter von Berlin und der Provinz Grenzmark Westpreußen-Posen, ferner von den Ländern Sachsen, Schaumburg-Lippe und die Vertreter der Hansestädte. Die Vertreter von Baden und Braunschweig enthielten sich der Abstimmung. Auch die Entschließung zum Umsatzsteuergesetz wurde angenommen.

Flucht vor den Völkischen.

Die Stadtverwaltung kuscht vor Drohungen.

Hagen i. W., 8. August (Eigener Drahtbericht). Wie in anderen Städten des Reiches sollte in diesen Tagen der zehnjährigen Wiederkehr des Kriegsausbruches auch in Hagen eine Nie-wieder-Krieg-Kundgebung der Liga für Menschenrechte stattfinden, bei der u. a. der Generalsekretär der französischen Liga Guernut sprechen sollte. Die Versammlung sollte in der der Stadt gehörenden Stadthalle stattfinden. Im letzten Augenblick wich jedoch die Stadtverwaltung mit dem Oberbürgermeister Cuno an der Spitze vor der Drohung der Vaterländischen Verbände zurück, die erklärten, den französischen Friedensfreund nicht sprechen lassen zu wollen. Der Versuch der Hakenkreuzler, ein polizeiliches Verbot der Versammlung zu erreichen, ist zwar nicht geglückt; aber die Stadtverwaltung zog ihre Zusage auf Freigabe der Stadthalle zurück, mit der Begründung, sie habe „keine Garantie, daß nicht Tische und Stühle demoliert würden".

*

Da hat nun der Reichstag im vorigen Jahre auf Betreiben der Volkspartei ein Gesetz zum Schutze der Versammlungen erlassen, das folgende nicht uninteressante Bestimmungen enthält:

§ 107a. Wer nicht verbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen verhindert oder sprengt, wird **mit Gefängnis**, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, bestraft.

Wer in nicht verbotenen Versammlungen oder bei nicht verbotenen Aufzügen oder Kundgebungen Gewalttätigkeiten in der Absicht begeht, die Versammlung . . . zu sprengen, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder einer dieser Strafen bestraft.

In Stralsund fühlt sich der Regierungspräsident gezwungen, die pazifistische Versammlung zu verbieten, weil die Völkischen drohen! In Hagen weicht die Stadtverwaltung als Eigentümer der Stadthalle mutig zurück, weil die Völkischen drohen! Weder in Stralsund noch in Hagen scheint man das Gesetz zu kennen. Auch den Erlaß des preußischen Ministers des Innern vom 22. März 1923 (abgedruckt im Ministerialblatt S. 311). Dort heißt es ganz unzweideutig:

Die Polizei hat durchaus die Pflicht, eine Versammlung, die nicht auf Grund gesetzlicher Bestimmungen verboten wird, **erforderlichenfalls in ausreichendem Maße mit ihren Machtmitteln zu schützen.** Ich erwarte von den Polizeiverwaltern, daß sie bei allen Veranstaltungen, die Angriffen ausgesetzt sein können, **rechtzeitig ausreichende Schutzmaßnahmen treffen . . .**

Damit gar kein Zweifel aufkommen kann, hat der Minister damals noch besonders hinzugefügt:

„Ich werde **in jedem Falle, in dem eine friedliche Versammlung mangels ausreichender Schutzmaßnahmen gesprengt ist, den Polizeiverwalter zur Verantwortung ziehen,** wenn ihn in irgendeiner Hinsicht der Vorwurf mangelnder Vorbereitungen von Schutzmaßnahmen zu machen ist."

Ist das nicht deutlich genug? Genügt diese Vorschrift nicht für Stralsund wie für Hagen? Ist es möglich, daß die Stadtverwaltung der Hagener Polizei unterstellen darf, daß sie die Versammlung nicht schützen werde?

Von welcher Seite man die Sache auch betrachtet, die Fälle bleiben ein öffentlicher Skandal. Und wir erwarten, daß der Minister des Innern in Stralsund die Behörden „zur Verantwortung zieht", die die Versammlung verboten, anstatt sie zu schützen. Die Hagener Stadtverwaltung aber wird sich schämen dürfen, wenn sie erfährt, daß die Versammlung in einem anderen Lokal — hoffentlich unter pflichtmäßigem Schutz der Polizei — trotzdem stattgefunden hat.

Der Kommunistenprozeß in Leipzig.

Dr. Niedner abermals abgelehnt.

Leipzig, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) In der Nachmittagssitzung waren als weitere Offizialverteidiger die beiden Rechtsanwälte Teichert und Tauber aus Leipzig bestellt. Als Wahlverteidiger ist der kommunistische preußische Abgeordnete Obuch erschienen. Er lehnte seinerseits den Vorsitzenden aus den bekannten Gründen ab, drang mit diesem Antrag aber ebensowenig durch wie mit dem auf Vertagung, um die Auswirkung des Protesttelegramms der beiden früheren Verteidiger an den Reichspräsidenten und Reichsjustizminister abzuwarten. Reichsanwalt Dr. Neumann widersprach dem Verteidiger Obuch in diesem Punkte sehr scharf. Eine Einwirkung — und sei es von höchster Stelle — in das schwebende Gerichtsverfahren sei eine Ungeheuerlichkeit. Nach der Ablehnung seiner Anträge legte Rechtsanwalt Obuch sein Amt als Verteidiger nieder. Nachdem noch die bestellten Verteidiger auf die einzelnen Angeklagten verteilt waren, wurde auf Antrag der Verteidigung die Sitzung auf Sonnabend vormittag 10 Uhr vertagt, um den Anwälten Zeit zur Einsichtnahme der Akten zu geben.

Der bayerische Notbann.

Schutztruppen des Separatismus.

Unsere Mitteilungen über die Gründung eines Notbanns unter der Beamtenschaft der Reichsbahn in Bayern ist den „zuständigen" Stellen außerordentlich auf die Nerven gefallen. Oberregierungsrat Besold hat prompt behauptet, daß er Ausweise an die Mitglieder dieses neugegründeten bayerischen Notbanns „nicht ausstelle". Es wäre interessant, zu wissen, ob Oberregierungsrat Besold auch leugnet, Ausweise in seiner früheren Eigenschaft als Personalreferent der Oberpostdirektion Würzburg ausgestellt zu haben oder wenigstens die Vermittlung dieser Ausweise in die Hand genommen zu haben. Vielleicht äußern sich die „zuständigen" Stellen auch hierzu. Die Reichsregierung hat jedenfalls alles Interesse, festzustellen, was es mit diesem Notbann für eine Bewandtnis hat und zu prüfen, ob es sich mit den Pflichten eines Reichsbeamten gegen die Republik und Reich vereinbaren läßt, diesen bayerischen Notbann, der offensichtlich bayerischen separatistischen (und natürlich auch monarchistischen) Zwecken dient, anzugehören.

Painlevé.

Eine Pariser Erinnerung von Felix Stößinger.

Der Name und das Bild des Präsidenten der französischen Kammer kehren jetzt oft in der Presse der ganzen Welt wieder. Niemals kann ich diese gütigen Züge, diese tiefschwarzen, melancholischen Augen sehen, ohne mich eines Pariser Abends zu erinnern, der durch das Auftreten Painlevés für mich eine merkwürdige Bedeutung bekommen hat.

Ziemlich weit draußen am Boulevard Raspail gibt es ein unbedeutendes, kleines Restaurant, das nicht viel besser, wenn auch gemütlicher als eine Berliner Destillation ist. Auch diese kleine Pariser Kneipe hat eine Hinterstube, und auch sie wird wie in Berlin Vereinen und Versammlungen vermietet. Darunter auch dem „Chamäleon", einem Verein, der wie manche andere Pariser Vereine nicht von Mitgliederbeiträgen lebt, sondern von einer Idee. In diesem Fall von künstlerischen und geistigen Veranstaltungen, die Alexandre Mercereau leitet, der auch in Deutschland einen guten Namen hat. Ein geistvolles Buch von ihm erschien schon vor dem Krieg im Inselverlag.

In Paris spielen Vorträge und Diskussionsabende eine ganz andere Rolle als bei uns. Sie sind ein Ersatz für die literarische Stellung, die das Theater bei uns einnimmt oder vielmehr einnehmen soll.

Einmal gab nun das „Chamäleon" einen Abend, an dem ein Chinese über das chinesische Theater sprach, ein zweiter über chinesische Musik, ein dritter über chinesische Literatur. Zum Schluß spielten drei Chinesen auf ihren heimischen alten Instrumenten chinesische Musik, weltliche und religiöse, ein anderer las in französischer Uebersetzung Gedichte und Erzählungen vor, und als das Publikum schon müde war und die meisten nach Hause gingen, blieb noch ein stattlicher Rest zusammen, um sich ganz ungezwungen immer noch mehr vorlesen zu lassen und über das Gehörte zu diskutieren.

Das kleine Kneipenzimmer war nicht mit Tabaksrauch, aber mit Wolken von Geist gefüllt. An den Wänden hingen chinesische und japanische Originalwerke, die das Museum Guimet für diesen Abend zur Verfügung gestellt hatte. Und unter denen, die blieben, saßen ein Vertreter des chinesischen Gesandten und Painlevé. Sie beide waren Protektoren der Veranstaltung; aber nicht nur theoretisch. Sie waren auch gekommen. Aber sie waren nicht nur gekommen; sie wirkten auch mit.

Niemals habe ich in einem Saal ein größeres Gedränge gesehen. Das Stübchen faßte bequem hundert Personen, aber dreihundert füllten es. Man kauerte türkisch oder man stand auf den Stühlen, die längst zusammengepreßt waren. Aber wie artig ging alles zu. Ich hörte kein häßliches Wort und nirgends einen Vorwurf.

Als es schon spät geworden war, mitten während der Vorträge in einer Pause, bahnte sich durch die drangvoll gepreßte Masse ein großer starker Mann einen Weg zum Vortragspult. „Bahnte" ist wohl nicht richtig gesagt, denn die Menschen wichen ganz von selbst auseinander und ließen den Fremdling sehr respektvoll durch.

„Wer ist das?" fragte ich eine alte Dame. — „Ein großer Gelehrter", antwortete sie. — „Wie heißt er?" fragte ich. — „Painlevé." — „Der frühere Ministerpräsident?" — Sie stutzte ein wenig, um sich zu besinnen. „Ja, er war während des Krieges Ministerpräsident", aber sie legte keinen Wert auf seine Würde, da er die viel größere besaß, ein großer Gelehrter zu sein. Ein früherer Minister ist in Frankreich kein früherer Minister, sondern nur das, was er ist. Der Minister außer Amt ist wieder Bürger, und so wie ein Arbeiter, ein Gelehrter, ein Bankdirektor, ein Prinz von Wales ist er Monsieur und weiter nichts.

Als Painlevé seinen Platz eingenommen hatte, wurde er vom Publikum mit stürmischem Beifall begrüßt. Ich habe auch in anderen Versammlungen beobachtet, daß beliebte Persönlichkeiten um ihrer bloßen Anwesenheit willen stürmisch applaudiert werden.

Aber Painlevé stand auf und hielt eine kleine Ansprache, die wie eine Plauderei von Erinnerungen an eine Weltreise begann, die er vor zwanzig Jahren gemacht hatte. Er sprach mit einer seinen Melancholie und kultivierten Gepflegtheit, wie jemand, der weiß, daß er durchaus nicht das letzte Wort über eine Sache sagt, aber bei aller Bescheidenheit doch etwas zu ihrer Klärung beiträgt. Und während er von Asien erzählte, erinnerte er sich eines chinesischen Gedichtes, das er dort gehört hatte, er begann es aus dem Gedächtnis zu rekonstruieren und mit einer Stimme, die immer inniger wurde, aufzusagen. Er sprach keine Verse, aber er sprach die Prosa mit dem leichten und innigen Pathos, das jeder Franzose annimmt, der von der Prosa in Verse übergeht. Er malte einige Worte mit Gesten aus, und er hatte dabei etwas so Bezauberndes, daß man seine wirkliche Kunstliebe, seine Menschlichkeit und seinen Schönheitssinn fühlte und dies alles ihn beinahe zum Sänger machte. Als er geendigt hatte, jubelte man ihm zu.

Ich war gerührt, aber wohl auch etwas traurig, wenn ich die Kultur dieses außerordentlichen Mannes mit der Art des landläufigen politischen Machers verglich. Man stelle sich vor, Wallraf am Tegeler Weg in halboffizieller Mission in einer Kneipe als Rezitator vor einer Gesellschaft von Kunstfreunden und Bohemiens. Oder einen deutschen Professor als Reichstagspräsident Bebel feiern, wie Painlevé bald danach den Manen von Jaurès gehuldigt hat. Es ist unvorstellbar, es ist leider unmöglich!

Der schöne Abend hatte für Paris gar keine Bedeutung, aber für mich eine große. Ich sah einem angesehenen politischen Führer, einem Mathematiker, einem Helden der frühesten Luftfahrversuche, einem Ministerpräsidenten der Kriegszeit, einem — Menschen ins Herz. Was auch immer er war, er war naiv, er war ein halber Künstler, er war ein Träumer. Unberührt blieb seine Seele von Würde, Amt, Taktik und Strebertum. Und doch hatten ihn so edle positive Eigenschaften nicht gehindert, zu der Macht zu gelangen, die sonst nur Negativen erreichbar ist. Und das erscheint mir noch heute, wenn ich von Painlevé lese, wie ein Trost im Intrigenschmutz der politischen Strebereien. Daß irgendwo eines der höchsten Aemter des Landes von einer Persönlichkeit eingenommen wird, die nicht nur eine Stellung hat, sondern auch ein Herz!

Gibt es einen Herdeninstinkt beim Menschen?

Seit Nietzsche, dem großen Verächter der Masse, sind uns die Begriffe vom Herdenmenschen und Herdeninstinkt geläufig geworden, und es hat sich im Anschluß an diese verächtliche Betrachtung der Menge, die für den Philosophen nur der Boden zur Entstehung des Übermenschen ist, eine Psychologie der Masse herausgebildet, die von den Leidenschaften und Antrieben größerer Menschenansammlungen das Uebelste berichtet. Viele Psychologen haben die Anschauung vertreten, daß die Einbeziehung in eine Menge den Charakter und die Gemütsart des einzelnen vollkommen verändert, daß aus einer Summe von gutmütigen, beherrschten und besonnenen Menschen in der Masse eine hemmungslos rasende, gewalttätige Bestie werden kann.

Diese Anschauungen unterzieht der englische Psychologe S. B. Ward im neuesten Heft der Zeitschrift „Mind" einer scharfen Kritik. Er weist darauf hin, daß ein großer Teil unseres Lebens in Massenversammlungen verbracht wird, nicht nur in politischen Versammlungen, in Konzerten, Kommissionen, Körperschaften aller Art, sondern auch in den Parlamenten, in den Sitzungen von Politikern und Direktoren. Wenn der Einfluß des Massengeistes so gefährlich wäre, dann könnte in all diesen Versammlungen nichts Gescheites herauskommen. Das entspricht aber offenbar nicht der Wahrheit, denn gerade in Gemeinschaften werden meist die bedeutungsvollsten Beschlüsse gefaßt, von denen man nicht sagen kann, daß sie unbeherrscht und sinnlos sind. Vor allem aber muß man sich vor den Vergleichen mit der Tierwelt, vor der Annahme eines „Herdeninstinktes" in acht nehmen. Die Gleichsetzung einer Herde, die von einem Hirten geleitet wird, mit einem Heer von Soldaten ist doch nur sehr äußerlich. Auch die Ansammlungen der Tiere darf man nicht immer als Auswirkungen des Massengeistes betrachten. Wenn z. B. Mücken in Wolken über einem Gewässer schweben, so rührt das daher, daß sie sich zur selben Zeit von ihrem Nahrungsplatz erheben; jede einzelne handelt also nach ihrem individuellen Instinkt. Die Herden der Säugetiere sind auf die gemeinsame Weide, auf die Aufzucht der Jungen zurückzuführen, und die großen Vogelscharen, die man beobachtet, finden zu Zwecken statt, in denen jeder einzelne Vogel sein bestimmtes Ziel verfolgt. Ob die Menschen jemals, auch in den fernsten Urzeiten, in Herdenform gelebt haben, ist sehr zweifelhaft. Manche Affenarten versammeln sich zwar zu sogen. Herden, aber die nächsten Verwandten des Menschen, die Anthropoidenaffen, leben einzeln in Familien zusammen. Wenn Menschen in Gruppen gemeinsam handeln, so folgen sie Instinkten, die nur durch menschliche Anlage und Ueberlieferung bestimmt sind und sich sehr scharf unterscheiden von den Zügen, die wir bei den Ansammlungen von Tieren beobachten. Außerdem haben die Menschen die Sprache, die sie in ihrem Zusammenhandeln beeinflußt und so zu ganz anderen Formen der Massenpsychologie führt, als sie nach dem landläufigen Begriff der „Herde" stattfinden.

Wut über Schwarz-Rot-Gold.

Stettin, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Die bedeutenden Erfolge des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" in Pommern werden zum ersten Male am Sonntag anläßlich der Verfassungsfeier in Stettin zum Ausdruck kommen. Tausende von Teilnehmern an der Demonstration für die Republik sind aus allen Teilen Pommerns gemeldet. Diese großzügige republikanische Feier ließ die Nationalisten nicht ruhen. Mitte dieser Woche gaben plötzlich die drei rechtsradikalen Offiziersverbände, „Der Stahlhelm" und einige andere nationalistische Bünde in einem Aufruf bekannt, daß sie ebenfalls am Sonntag, den 10. August, in Stettin eine „Feier des siegreichen Kriegsbeginns" veranstalten wollen, wozu sie alle Frontkämpfer einladen, die „mit Gott für König und Vaterland ins Feld gezogen sind". Diese nationalistische Demonstration sollte zu derselben Zeit stattfinden, in der der Umzug des „Reichsbanner" angesetzt ist. Es war also damit eine offene Provokation geplant. Der Regierungspräsident von Stettin hat aber diese schwarzweißrote Störungsaktion untersagt.

*

Weimar, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Die thüringische Regierung verbot den für Sonnabend als Auftakt für die Verfassungsfeier geplanten Fackelzug des Reichsbanners und das programmäßig vorgesehene Wecken am Sonntag. An die Beamten der Landespolizei wurde ein Erlaß gerichtet, in dem ihnen die Teilnahme an der Verfassungsfeier des Reichsbanners in Uniform verboten wird. Die Regierung begründet dieses Verbot damit, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine einseitige politische Organisation sei. Desgleichen wurde jede Agitation für das Reichsbanner in den Kasernen der Landespolizei auf das strengste untersagt.

*

München, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Als Einleitung zur Verfassungsfeier am 10. und 11. August unternimmt die „Bayerische Staatszeitung" noch einmal den Versuch, die berüchtigte Verordnung des Ministers des Innern gegen die Feier der Reichsverfassung zu verteidigen, wozu sie ja als offizielles Regierungsorgan berufen ist. Als unerhörte Provokation aber muß es empfunden werden, wenn dabei versucht wird, der verfassungstreuen Bevölkerung Dinge zu unterschieben, die nicht weit entfernt von einem Hochverrat sind. Das bayerische Regierungsblatt schreibt u. a.:

„Die bayerische Regierung will unter allen Umständen verhindern, daß unter dem Decknamen einer Verfassungsfeier am kommenden Sonntag auf offenen Straßen und Plätzen große politische Demonstrationen abgehalten werden, die mit einer wirklichen Verfassungsfeier nicht das geringste zu tun haben. Ursprünglich waren nämlich, insbesondere in München und Nürnberg, aber auch in einer ganzen Reihe anderer Städte Bayerns große politische Demonstrationen geplant, die als offene Kraftproben der aufgerufenen Organisationen mit der Regierung hinauslaufen sollten. Vor allem sollte am 10. August in Nürnberg in sozialdemokratischer Weise eine Kundgebung größten Stils veranstaltet werden."

Für diese Unterstellung wird auch nicht der Schatten eines Beweises beigebracht und kann auch gar nicht erbracht werden. Diese offiziöse Auslassung ist nur geeignet, Ruhe und Frieden im Staat auf das empfindlichste zu stören. Solche grundlosen Verdächtigungen sind eine Beleidigung der verfassungstreuen Bevölkerung und zeigen mehr als alles andere den Geist, aus dem heraus die Verordnung gegen die Verfassungsfeier erlassen ist. In diesem Zusammenhang ist es von großem Interesse zu wissen, wie in der Pfalz, der die bayerische Regierung angeblich ihre besondere Fürsorge angedeihen läßt, die Feier gestaltet wird: In Ludwigshafen wird eine gewaltige Kundgebung für die Einheit des Reiches und für die Republik veranstaltet, wobei nach einem großen Umzug durch die Stadt der badische Staatsminister Remmele die Festrede hält; in Pirmasens zieht Sonnabend abend ein Fackelzug durch die Hauptstraßen der Stadt und ein Festakt schließt sich an, am Sonntag wird ein großer Umzug mit zwei Musikkapellen durch die ganze Stadt gehen.

In München ist man seit Jahr und Tag gewohnt, daß gegen rechtsradikale Unruhestifter erlassene Verordnungen in der Praxis beinahe ausschließlich gegen die Linke angewendet werden. So ist es jetzt wieder mit der Schweyerschen Verordnung vom 6. Mai 1924, durch die das Tragen der Abzeichen der früheren oder jetzigen deutschen Wehrmacht und auch das Tragen von Gegenständen, die diesem Abzeichen ähnlich sind, verboten wurde. Die Polizeidirektion München hat nun entdeckt, daß die Kokarde des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", die seit Monaten und Wochen in Bayern und im ganzen Reich getragen wird, unter diesen Erlaß fällt, da sie in ihrer Form der altbayerischen Kokarde und in ihrer Farbe der Reichswehrkokarde nachgebildet ist. Das Tragen der „Reichsbanner"-Kokarde ist also zunächst im Wirkungskreis der Polizeidirektion München verboten — offenbar im Hinblick auf die Verfassungsfeier!

Nur keine republikanische Feier.

München, 8. August. (WTB.) Laut „Münchener Post" sind geschlossene Züge zur Verfassungsfeier der republikanischen Parteien und Verbände, die am kommenden Sonntag in Halle I des Ausstellungsparkes stattfinden wird, durch eine Anordnung der Polizeidirektion verboten. Die Abhaltung der Feier selbst ist genehmigt. Jegliche Versammlung unter freiem Himmel in Verbindung mit der Feier im Ausstellungspark ist jedoch verboten.

Der Kampf zwischen Völkischen und Bajuvaren.

München, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Rede des Generals a. D. von Gebsattel gegen Ludendorff eine ziemliche Erregung bei den Völkischen hervorgerufen. Die „Völkische Kurier" vergleicht von Gebsattel mit einem fanatischen Dorfkaplan der Bayerischen Volkspartei, der an krankhaftem Verfolgungswahn leide! Dann wird geklagt, daß die Bayerische Volkspartei mit großem Erfolg im alten bayerischen Offizierkorps festen Fuß gefaßt habe, so daß eine politische Spaltung durch das „ganze Offizierkorps" gehe; das sei um so weniger verständlich, als die Offiziere allein durch die Tatkraft der völkischen Jugend wieder in ihre früheren Rechte eingesetzt werden könnten. In diesem Zusammenhang ist es auch bemerkenswert, daß die Ortsgruppe München des deutschvölkischen Offizierbundes beschlossen hat, „aus der bisherigen Zurückhaltung herauszutreten und künftig mit allem Nachdruck für seine politischen Ziele einzutreten." Zu diesem Zweck ist bereits der Hochverräter Röhm, Mitglied des Reichstages, in Audienz bei Sr. Majestät König Rupprecht gewesen, wobei er in der Lage war, gewissen unkontrollierbaren Gerüchten entgegenzutreten. Er (Röhm) hatte dabei auch den Eindruck, daß an höchster Stelle Aufklärung über die Vorgänge des letzten Jahres auch von völkischer Seite erwünscht war, nachdem bisher die politische Gegenseite uneingeschränkt zum Vortrag gelangte." Diese Gegenseite ist natürlich niemand sonst als die Bayerische Volkspartei und Herr von Kahr, die natürlich Vorsorge treffen werden, daß der angebliche Erfolg der völkischen Offiziere möglichst wieder ausgeglichen wird.

Aus der vaterländischen Resolutionsfabrik.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands teilen mit:

„Die V. V. V. stellen aus Anlaß des Verfassungstages fest, daß die Millionen Deutscher, die in ihren Reihen vereinigt sind, keine Veranlassung fühlen, den Tag der neuen Reichsverfassung zu feiern. Die Preußische Regierung hat anläßlich dieses Tages die gegenwärtige Verfassung als die gesicherte Grundlage einer „helleren Zukunft" hingestellt. Diese „hellere Zukunft" ist durch die jeden wahrhaft Deutschen schmerzlich treffende Tatsache gekennzeichnet, daß zur selben Stunde, in der von deutschen Behörden die republikanische Verfassung gefeiert wird, in der Londoner Konferenz dem deutschen Volke der letzte Rest wirtschaftlicher und staatlicher Freiheit genommen werden soll. Brutalste Ausbeutung und Versklavung drohen das Schicksal des deutschen Volkes bis in fernste Zukunft zu werden, nachdem es um wertvolles deutsches Land mit Millionen deutscher Brüder und um seine sämtlichen Ersparnisse gebracht worden ist.

Mit Entrüstung wendet sich insbesondere der vaterländisch gesinnte Teil der ehemaligen Frontkämpfer und der deutschen Jugend von dem Treiben derjenigen, die am Verfassungstage unter schwarzrotgelber Flagge demonstrierend bekunden wollen, daß sie gewillt sind, eine deutsche Freiheitsbewegung und ein Wiedererstarken deutscher Wehrkraft zu verhindern. Damit werden der ausländische Kapitalismus, Militarismus und Imperialismus unterstützt. Noch dazu ist eine solche Verfassung zum Zwecke des Umsturzes und der Wehrlosmachung Deutschlands (!) während des Krieges dem deutschen Volke als die einen wahrhaften Frieden sicherstellende angepriesen worden und in ihren Grundgedanken vom feindlichen Auslande der Mehrheit der damaligen deutschen Volksvertreter eingegeben worden.

Deshalb können die vaterländisch gesinnten Kreise — sogar in Uebereinstimmung mit mehreren deutschen Staatsregierungen — den Tag der Aufrichtung dieser Verfassung nicht als Anlaß zu einem Freudenfeste, sondern vielmehr zur Trauer und zur Stärkung des Willens ansehen, das dem deutschen Volke zugefügte schwere Unrecht baldigst wiedergutzumachen."

Minister Severing hat neulich mit Recht darauf hingewiesen, daß man die Resolutionsfabrik der Geisler u. Co. nicht überschätzen solle. Wir bringen diesen Erguß nur deshalb, weil er die ganze hoffnungslose Verbohrtheit dieser reaktionären Kreise offenbart. Leute dieses „geistigen" Horizonts wollen Deutschland befreien. Ein Glück, daß es ihnen nie gelingen wird, das Ziel ihrer Wünsche zu erreichen. Es wäre Deutschlands Untergang.

Der kranke Ludendorff
. . und seine kranke Rede.

Der sogenannte Nationalverband deutscher Offiziere, in dem sich alles, was völkisch ist, vereinigt hat, hatte für gestern eine Kundgebung angekündigt, die zum Gedenken der Mobilmachung von 1914 Reden von Ludendorff und Tirpitz vorgesehen hatte. Merkwürdigerweise haben beide „Frontkämpfer" im letzten Augenblick abgesagt. Sie sind plötzlich wie auf Kommando krank geworden. Beim Tirpitz ist das ja nicht verwunderlich. Er wurde ja schon einmal „krank", als er aus dem Amte schied und spazierte dann froh Unter den Linden umher. Aber der Ludendorff? Er hält doch sonst in allen Bierdörfern seine völkischen Reden. Warum muß ihn die Krankheit ausgerechnet befallen, wenn er den „Marsch nach Berlin" antreten kann?

Vorsichtigerweise hatte er jedoch vom Krankenbette den Text seiner Rede aufschreiben und nach Berlin schicken lassen. Irgend ein ehemaliger Oberst hatte sie mit Andacht und Betonung vorgelesen. Die Hörer waren entzückt. Eine Berliner Korrespondenz verbreitet sie im Wortlaut. Wir haben sie durchgelesen und sind, trotz allem, was wir schon gewohnt waren, erschrocken über die Plattheit, die da von ehemaligen deutschen Offizieren bejubelt wurde. Ein Kriegervereinsvorsitzender von Thausen aus der Zeit von anno dazumal hat geistreicher gesprochen als dieser Heros der Nationalsozialisten. Allerdings, da der Herr General krank ist, konnte auch seine Rede nicht gesund sein . . .

Der englisch-russische Vertrag unterzeichnet.

London, 8. August. (Eigener Drahtbericht). Am Freitag ist in London der englisch-russische Vertrag unterzeichnet worden. Für England unterzeichneten Macdonald und Ponsonby. Die Unterzeichnung bedeutet, wie Macdonald der parlamentarischen Opposition gesagt hat, noch nicht die Ratifikation. Der Vertrag tritt nicht in Kraft, bevor das Parlament die Ratifikation beschlossen hat. Das Unterhaus wird unmittelbar nach den Parlamentsferien über die Ratifikation zu beschließen haben. Ob dafür eine Mehrheit zu finden ist, muß bezweifelt werden.

Lenins Mumie als Sehenswürdigkeit. Das Grab, in dem sich die sterbliche Hülle Lenins befindet, ist jetzt dem Publikum zugänglich gemacht worden. Die Leiche ruht in einem Sarg aus rotem Holz, der auf einem mit einer Decke aus scharlachrotem Samt umhüllten Katafalk steht. Obwohl der Sarg hermetisch geschlossen ist, können die Besucher durch den Glasdeckel den Körper des Diktators betrachten. Das Gesicht Lenins hat seinen natürlichen Ausdruck bewahrt, und die Züge haben nicht die kleinste Umwandlung erlitten. Er ist mit einem Anzug aus braunem Tuch bekleidet, der militärischen Schnitt zeigt, auf der Brust sieht man den roten Sowjetstern. Professor Swarky, der mit seinen Gehilfen die Einbalsamierung der Leiche besorgte, gab Zeitungsberichterstattern ausführliche Erklärungen über das von ihm angewandte Verfahren der Einbalsamierung. Während es den alten Aegyptern nicht möglich war, die Einschrumpfung und die Veränderung der Gesichtszüge bei ihrer Mumifizierungsmethode zu vermeiden, haben die russischen Präparatoren ein System gefunden, das nicht nur den Körper, sondern auch das Gesicht des Verstorbenen in normalem Zustand erhält, vorausgesetzt, daß der Luft der Zutritt versagt bleibt, und daß der Sarg mit der Leiche in einem Raum mit gleichmäßiger Temperatur aufgestellt ist. (Für die künftige Heiligenverehrung, die nicht mehr auf die Kirchen beschränkt zu sein braucht, eröffnen sich großartige Perspektiven.)

Jedem Türken nur eine Frau. Der Parlamentsausschuß der türkischen Nationalversammlung, der mit der Aufstellung eines neuen türkischen Familienrechts betraut ist, hat jetzt das Prinzip der Ehe endgültig angenommen. Bisher durfte jeder Türke vier Frauen haben. Die Abschaffung der Vielweiberei wurde im Parlament bereits früher erörtert und ist nun von der maßgebenden Körperschaft anerkannt. Nur in bestimmten Fällen, z. B. bei Unfruchtbarkeit, darf der Mann eine zweite Frau nehmen, aber erst nachdem ihm dazu die formelle Erlaubnis vom Gericht erteilt ist.

Finnland gegen den Boykott der deutschen Wissenschaft. Der Kanzler der Helsingforser Universität Prof. Donner hat der Union Geographique Internationale in Brüssel mitteilen lassen, daß Finnland dieser Union nicht beitreten könne, so lange Deutschland vom Beitritt ausgeschlossen ist. Ferner hat Prof. Donner eine an die Gelehrten Finnlands ergangene Einladung der kanadischen Universität Toronto zu einem Mathematikerkongreß abgelehnt, wenn die deutschen Universitäten (wie in der Einladung seitens der Kanadier besonders bemerkt war) „einstweilen leider nicht eingeladen werden könnten". In seiner Absage wies Prof. Donner darauf hin, daß die Finnländer an derartigen Kongressen erst teilnehmen könnten, wenn auch die deutsche Wissenschaft wieder zur Teilnahme aufgefordert werde.

In der Volksbühne gastiert am Montag Frau Grete Sedlitz aus Wien in der Operette „Geisha" als Mimosa.

Das „Theater in der Kommandantenstraße" eröffnet unter der Direktion von Martin Zickel seine neue Spielzeit am Sonnabend, den 30. August, mit einer Neueinstudierung der Operette „Mister Globetrotter".

Wie der Dresdener Generalmusikdirektor bezahlt wird. Der Dresdener Generalmusikdirektor Busch erhält ein jährliches Gehalt von 35 000 Goldmark. Davon entfallen 20 000 M. auf Staatsmittel und 35 000 M. auf Nebenbezüge. Der Dresdener Generalmusikdirektor ist also, **wie man im sächsischen Landtage feststellte, der am besten bezahlte Beamte in ganz Deutschland.**

Der deutsche Standpunkt in London.

Eine offiziöse Darstellung.

WTB. meldet aus London offenbar deutsch-offiziös:

Beträchtlich schwieriger als im Zweiten Ausschuß erscheinen die Verhandlungen im Dritten Ausschuß, da von französischer Seite die Neigung besteht, bezüglich der Sachlieferungen Dinge durchzusetzen, die Deutschland schwerlich zugestehen kann. Nach dem Versailler Vertrag enden die Farbstofflieferungen im Jahre 1925, die Kohlenlieferungen im Jahre 1930. Hinsichtlich der Kohle handelt es sich um die grundsätzliche Frage, ob man über einen geschlossenen Vertrag in einzelnen Punkten hinausgehen soll. Französischerseits zeigte sich das Bestreben, chemische Produkte, die natürlich kein Handelsprodukt sind, unter den Begriff der Naturallieferungen zu stellen. Eine Erfüllung dieser Forderung würde eine Fortdauer des bisherigen Druckes auf die deutsche chemische Industrie und eine weitere Verhinderung ihrer Unabhängigkeit auf dem internationalen Markte bedeuten. In der Frage der Sachlieferungen kann von deutscher Seite den französischen Forderungen auf Holz und chemische Produkte nicht nachgegeben werden. Diese Frage wird, wie zu erwarten ist, vom Rat der Vierzehn behandelt werden, weil es sich um eine prinzipielle Frage handelt.

Sodann heißt es im WTB.-Bericht weiter:

Ueber die politischen Fragen entscheidet letzten Endes die Vollkonferenz. **Es besteht der Eindruck, daß das bisherige Ergebnis der Verhandlungen Deutschland keinerlei Grund gibt enttäuscht zu zu sein, da auf alliierter Seite mit bemerkenswerter Sachlichkeit auf die deutschen Argumente anscheinend eingegangen worden ist.** Dies trifft ebensowohl für die Sanktionsfrage wie die Frage der Definition der Verfehlungen, wie ausschließlich auch für die Amnestie zu, in der durch Ausmerzung des unerträglichen Satzes, daß nur amnestiert werden solle, soweit die Sicherheit der Besatzungstruppen nicht gefährdet werde, **nun sichergestellt ist, daß auch der letzte Deutsche amnestiert werde.**

Bezüglich der Hochverratsdelikte können von deutscher Seite keine Zugeständnisse gemacht werden, wenn nicht die deutsche Justizhoheit im besetzten Gebiet wieder hergestellt wird. In diesem Falle kann von deutscher Seite gesagt werden, daß alles, was zwischen dem 11. Januar 1923 und 16. August 1924 geschah, ausgestrichen wird, daß aber nach dieser Zeit jeder dem deutschen Gesetz verfällt und nicht von den Besatzungsbehörden geschützt werden darf, der gegen das deutsche Gesetz verstößt.

Auch in der Frage der Anleihe scheint dem deutschen Standpunkt, daß Deutschland für ein etwaiges Nichtzustandekommen der Anleihe nicht verantwortlich gemacht werden könne, da die Anleihe ohne Unterstützung kaum zustandekommen könne, Rechnung getragen worden zu sein.

Wie anzunehmen ist, steht die Konferenz dauernd mit den Bankengruppen in Verbindung. Es ist klar, daß die Frage der Mitwirkung der Banken von größter Bedeutung für das Ergebnis der Konferenz sein muß. Auf Seiten Deutschlands besteht natürlich ein beträchtliches Interesse an der Sicherheit des Zustandekommens der Anleihe angesichts der vom Dawes-Bericht vorgesehenen, die Reichsbank, die Reichsbahnen usw. betreffenden Reformen.

Unter den formell zum Programm der Konferenz gehörigen Fragen stehen demnach noch die Frage der Zurücklassung der französischen und belgischen Eisenbahner sowie die Transferfrage aus.

Es ist kaum möglich, den augenblicklichen Stand dieser Fragen darzugeben. **Ein Verbleiben der französischen und belgischen Eisenbahner kann von deutscher Seite nicht zugestanden werden.** Diese Frage steht im Zusammenhange mit der Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes. Es ist anzunehmen, daß in dieser Frage zunächst Beratungen zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland stattfinden werden, und daß, wenn zwischen dem französischen und dem deutschen Standpunkt eine Verständigung erfolgt, die Angelegenheit in Form eines Protokolls vor die Konferenz kommt.

Der deutsche Standpunkt in der Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes muß als außerordentlich stark angesehen werden. Es ist daher kaum verwunderlich, wenn das Recht Deutschlands, diese Räumung zu fordern, von keiner Seite irgendwie in Zweifel gezogen worden ist. Wenn die ganze Welt es als selbstverständlich betrachtet, daß deutscherseits diese Frage vorgebracht wird, handelt es sich jetzt nur noch um die Frage der Modalitäten. Jede Verbindung dieser Räumung mit irgendwelchen finanziellen Leistungen Deutschlands in Form von kommerziellen oder wirtschaftlichen Konzessionen **muß als unmöglich bezeichnet werden. In der Räumungsfrage darf es sich keinesfalls um eine Frist von zwei oder einem Jahre handeln, sondern nur um eine nach Monaten bestimmte absehbare Zeit.** Es kann ferner kein Zweifel darüber bestehen, daß die Räumung Düsseldorfs, Duisburgs und Ruhrorts selbstverständlich ist, und daß alle Sanktionsgebiete einheitlich geräumt werden müssen.

Andererseits besteht die Möglichkeit, daß handelspolitische Fragen und die Frage der Sicherheit in die Debatte geworfen werden. Bei den handelspolitischen Fragen könnte es sich allerdings nicht um dauernde Verträge, sondern höchstens um einen modus vivendi während einer Uebergangszeit handeln. Hinsichtlich der Frage des Sicherheitspaktes muß daran erinnert werden, daß, soweit völkerrechtliche Verträge in Betracht kommen, die deutsche Regierung unter dem Reichskanzler Cuno bereits derartige Verträge anregte, die von Stresemann, als er Reichskanzler war, wieder aufgenommen, von Poincaré jedoch abgelehnt wurden. Sollte von französischer Seite dieser Gedanke wieder aufgegriffen und ein Vertrag befürwortet werden, der sowohl Deutschland wie Frankreich Schutz gewährt, so kann von deutscher Seite hiergegen schwerlich ein Einwand erhoben werden. Hier allein, nicht jedoch in der Richtung der Zahlung von Obligationen, scheinen Möglichkeiten zu liegen. Es ist zu hoffen, daß auch über diese Frage eine Verständigung zustande kommt, vorausgesetzt, daß ein Wille hierzu vorhanden ist.

Ein deutscher Verhandlungserfolg.

London, 8. August. (WTB.) Der Rat der Vierzehn befaßte sich heute nachmittag mit einem neuen Entwurf des ersten Teils des Berichtes des Zweiten Ausschusses, in dem es ursprünglich hieß, daß die Verantwortlichkeit für den Anleihekontrakt allein auf Deutschland ruhen müsse. Die deutschen Vertreter haben darauf hingewiesen, daß es nicht billig sein würde, ihnen die gesamte Verantwortlichkeit aufzuerlegen, und die Alliierten stimmten zu, den Bericht des Zweiten Ausschusses in diesem Sinne neu zu entwerfen. Es fand auch eine Erörterung über die Frage des Schiedsspruches bezüglich der Arbeit des Transfer-Ausschusses im **Bericht des Dritten Ausschusses statt.**

Verfassungstag ist Volkstag

Nominal- und Reallöhne im Bergbau.

Notwendige Korrektur der amtlichen Ziffern.

Aus Bergarbeiterkreisen wird uns geschrieben:

In „Wirtschaft und Statistik", herausgegeben vom Statistischen Reichsamt, Heft 14 Seite 441, werden die durchschnittlichen Schichtlöhne der Bergarbeiter im Steinkohlenbergbau im Juni 1924 veröffentlicht, und zwar in folgender Zusammenstellung:

Bergbaugebiete	Hauer und Schlepper led.	Hauer und Schlepper verh.[3])	Sonst. Untertagsarbeiter[1]) led.	Sonst. Untertagsarbeiter[1]) verh.[3])	Uebertagearbeiter[2]) led.	Uebertagearbeiter[2]) verh.[3])
	Rentenmark					
West-Oberschlesien	4,68	4,98	3,56	3,86	3,76	4,06
Niederschlesien	3,63	3,90	3,36	3,63	3,53	3,80
Ruhrgebiet	6,48	6,96	5,06	5,54	5,02	5,50
Aachener Bezirk	5,90	6,20	4,66	4,96	4,53	4,83
Sachsen	4,50	4,70	4,33	4,53	4,17	4,37
Nominaldurchschnitt (gewogen)[4])	6,11	6,55	4,78	5,21	4,74	5,17
% d. Vorkriegsschichtl.	97,4	104,5	107,7	117,3	114,5	124,9
Realdurchschn. (gew.)	5,38	5,76	4,21	4,58	4,17	4,55
% d. Vorkriegsschichtl.	85,8	91,9	94,8	103,2	100,7	109,9

[1]) Einschl. Reparaturhauer. — [2]) Einschl. der Handwerker, ausschließl. der Weiblichen und Jugendlichen. — [3]) Einschl. der sozialen Zulagen für den Hausstand und 2 Kinder unter 14 Jahren, ausschließl. der Deputatkohle. — [4]) Mit der Zahl der durchschnittlich angelegten Bergarbeiter.

Nach dem gewogenen Nominal- und Realdurchschnitt einschl. Soziallohn für Frau und zwei Kinder werden die Wochenlöhne für gelernte und ungelernte Arbeiter ermittelt, welche betragen: für gelernte Arbeiter nominal 39,30 M., real 34,56 M., für ungelernte Arbeiter nominal 31,02 M., real 27,30 M. So wird rechnerisch erreicht, daß die Bergarbeiter mit ihren Löhnen an der Spitze aller Berufe stehen.

Gegen diese Berechnungsmethode haben wir uns schon widerholt gewandt, weil sie ungenau ist und die Bergarbeiterlöhne zu günstig erscheinen läßt. Es handelt sich nicht, wie angegeben, um Schichtlöhne, sondern größtenteils um Gedingelöhne, die mit den Schichtlöhnen der anderen Berufe in Vergleich gesetzt werden und ein falsches Bild ergeben. Der Hauerschichtlohn ausschließlich Soziallohn beträgt z. B. im Ruhrgebiet nicht wie angegeben 6,48 M., sondern nur 5,60 M. Nominal- und Realdurchschnitt sind nicht nach der Schichtenzahl, sondern nach der Arbeiterzahl ermittelt und daher falsch. Auch der Soziallohn ist zu hoch eingesetzt, weil auf jeden Arbeiter durchschnittlich nicht drei, sondern nur 1,8 Bezugsberechtigte entfallen. Der Realdurchschnitt ist nach einem Lebenshaltungsindex von 113 Proz. statt von mindestens 120 Proz. des Vorkriegsstandes berechnet. Die höhere Besteuerung ist ebenfalls nicht berücksichtigt, so daß die vorstehenden Lohnangaben in jeder Beziehung falsch und irreführend sind.

Nach dem angegebenen Durchschnitt der Bezugsberechtigten beträgt der Soziallohn je Arbeiter und Schicht in Oberschlesien 0,12 M., in Niederschlesien 0,16 M., im Ruhrgebiet 0,29 M., im Aachener Bezirk 0,18 M., in Sachsen 0,12 M. Wenn wir diese Beträge den vorstehend angegebenen Löhnen der ledigen Bergarbeiter zurechnen, und davon ausgehend den Reallohn nach einem Lebenshaltungsindex von 120 Proz. des Vorkriegsstandes ermitteln, dann ergibt sich folgende Uebersicht:

	nominal	real	nominal	real	nominal	real
Oberschlesien	4,80	4,00	4,68	3,90	3,88	3,23
Niederschlesien	3,79	3,16	3,52	2,93	3,69	3,07
Ruhrgebiet	6,77	5,64	5,35	4,46	5,31	4,42
Aachener Bezirk	6,08	5,06	4,84	4,03	4,71	3,92
Sachsen	4,62	3,85	4,45	3,71	4,29	3,57

Nach der Reichsindexziffer gestalteten sich die Lebenshaltungskosten im Verhältnis zu 1913/14 = 100 wie folgt:

	Ernährung	Bekleidung	Heizung und Beleuchtung	Wohnung	Lebenshaltung
28. Mai 1924	122	158	146	55	113
4. Juni 1924	122	157	147	57	113
11. Juni 1924	121	157	146	57	113
18. Juni 1924	121	155	146	57	112
25. Juni 1924	119	152	146	57	111
2. Juli 1924	127	149	145	67	117
9. Juli 1924	131	146	145	68	119
16. Juli 1924	125	144	143	68	115

Die Wohnungsmiete ist mit 55 bis 68 Proz. des Vorkriegsstandes zu niedrig berechnet. Genaue Zahlen lassen sich da kaum ermitteln, da die meisten Mieter nicht wissen, welche Miete sie zu zahlen haben. Jedenfalls kommen wir mit einem Lebenshaltungsindex von 120 Proz. nach den vorstehenden Zahlen der Wahrheit näher, wie das Statistische Reichsamt mit 113 Proz. Somit sind nicht nur die Nominal-, sondern auch die Reallöhne erheblich niedriger, wie sie vom Statistischen Reichsamt angegeben werden. Die Angaben über das Verhältnis des jetzigen zum Vorkriegsschichtlohn sind infolgedessen zu hoch. Nach amtlichen Angaben gestalteten sich die Durchschnittslöhne je Arbeiter und Schicht im Jahre 1913 wie folgt:

	Hauer und Schlepper	Sonstige Untertagsarbeiter	Erwachsene Uebertagsarbeiter
	Rentenmark		
Oberschlesien	4,85	3,50	3,19
Niederschlesien	3,84	3,41	3,00
Ruhrgebiet	6,47	4,54	4,34
Aachener Bezirk	5,62	4,33	4,07
Sachsen	4,57	4,47	3,87

Im Verhältnis zu diesen Vorkriegslöhnen stellten sich die Reallöhne im Juni 1924 wie folgt:

	Hauer und Schlepper	Sonstige Untertagsarbeiter	Erwachsene Uebertagsarbeiter
	In Prozenten		
Oberschlesien	82,5	111,4	101,8
Niederschlesien	82,8	85,9	90,4
Ruhrgebiet	87,2	96,2	101,8
Aachener Bezirk	90,0	93,1	96,8
Sachsen	84,2	88,0	92,2

Nur die Reallöhne der sonstigen Untertagsarbeiter und der erwachsenen Uebertagsarbeiter in Oberschlesien, sowie der erwachsenen Uebertagsarbeiter im Ruhrgebiet stehen etwas über dem Vorkriegsstand. Alle übrigen Löhne stehen aber teilweise sehr erheblich darunter, so daß auch in dieser Beziehung die Angaben des Statistischen Reichsamts nicht zutreffen. Dabei sind die sehr viel höheren Steuern noch außer Betracht geblieben, sonst wäre das Mißverhältnis noch größer. Aber auch die etwas über dem Vorkriegsstand liegenden Löhne erscheinen weniger günstig, wenn man berücksichtigt, daß sie einst besonders niedrig standen. Hier liegt also lediglich ein gewisser Ausgleich vor, der aber das Gesamtbild nicht in dem Maße verbessert, wie es in den Verhältniszahlen des Statistischen Reichsamts in Erscheinung tritt.

Die Zahlen des Statistischen Reichsamts sind nach alledem nicht mit der notwendigen und möglichen Sorgfalt ermittelt. Gedingelöhne und Schichtlöhne werden vermischt und als Schichtlöhne angesprochen, Nominal- und Reallohn nicht nach der Schichtenzahl, sondern nach der Arbeiterzahl ermittelt. Der Soziallohn wird zu hoch eingesetzt, die höhere Besteuerung überhaupt nicht berücksichtigt. Für Wohnungsmiete werden fiktive Zahlen eingesetzt, wodurch der Lebenshaltungsindex schätzungsweise um mindestens 7 Proz. zu niedrig erscheint. Nach diesem zu niedrigen Lebenshaltungsindex werden dann die Reallöhne berechnet, die nun natürlich zu hoch erscheinen. Für diesen statistischen Unfug, der vom Statistischen Reichsamt auf Kosten der Arbeiter geübt wird, müssen wir uns entschieden bedanken. Auf diesem Gebiete wird schon von den Unternehmerorganen so viel geleistet, daß wir dazu keine Reichsbehörde brauchen.

L. L.

Kein Steuerabzug von Heimarbeiterzuschlägen.

Vom Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband, Sebastianstr. 87/88 werden wir um Veröffentlichung folgender Notiz gebeten:

Vom Landesfinanzamt Groß-Berlin, Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern, Tageb.-Nr. I. E. 20 547/1924, haben wir auf unser Schreiben vom 16. Juli unterm 23. Juli folgende Antwort erhalten:

„Ich bin damit einverstanden, daß der Heimarbeiterzuschlag von vornherein bei der Berechnung des einzubehaltenden Steuerbetrages außer Ansatz bleibt, wenn dieser nur in einer solchen Höhe vergütet wird, daß die Vergütung unzweifelhaft nur zur Deckung barer Auslagen ausreichen kann."

Somit sind die Heimarbeiterzuschläge von einem Steuerabzug befreit. Wir bitten, dieses ganz besonders zu beachten.

Streik bei der Schuhfabrik Weinberger.

Die gesamte Belegschaft der Schuhfabrik Weinberger, Berlin, Brunnenstr. 25, steht im Abwehrkampf gegen Lohnabbau und Maßregelung. Die Firma versuchte schon vor einigen Wochen, die Löhne zu kürzen und ihr unliebsame Arbeiter zu entfernen. Der Versuch scheiterte an dem einmütigen Widerstand der Arbeiter. Die Firma kündigte Repressalien an, die sie jetzt in die Praxis umsetzte. Um für ihr Vorgehen einen Grund zu finden, zahlte die Firma am 1. August den fälligen Lohn nur zur Hälfte aus und versprach die Zahlung des Restes zum 4. bzw. 5. August. Als am 6. August die Belegschaft immer noch nicht im Besitze des Restlohnes war und die Firma auf Vorhalten des Betriebsrates erklärte, sie wisse noch nicht, wann sie den Rest zahlen könne, übten die Arbeiter passive Resistenz. Die Firma konnte dann sofort Geld beschaffen, zahlte am gleichen Tage die Restlöhne aus und entließ sämtliche Arbeiter. Verhandlungen des Organisationsvertreters waren ergebnislos, da die Firma die Wiederaufnahme der Arbeit von einem Lohnabbau und Maßregelungen, u. a. die des Betriebsobmanns, abhängig macht. Die Firma versucht neue Arbeitskräfte einzustellen.

Der Betrieb ist für organisierte Arbeiter gesperrt. Kollegen und Kolleginnen, ob organisiert oder nicht, übt Solidarität und werdet nicht zum Streikbrecher!

Gewerkschaften und Sachverständigen-Gutachten.

Forderung eines Kontrollrechts.

In den britischen Gewerkschaften ist in der jüngsten Zeit wiederholt die Befürchtung geäußert worden, daß die Durchführung des Dawes-Gutachtens eine außerordentliche Steigerung des deutschen Exports herbeiführen und dadurch schwere Wirtschaftskrisen in den europäischen Industrieländern auslösen werde. Die englischen Arbeiter wissen ganz genau, daß das Sachverständigengutachten einen gangbareren Weg zur Lösung des Reparationsproblems darstellt als die bisherigen Gewaltmethoden. Allein zur Abwehr wirtschaftlich und sozial bedenklicher Entwicklungen fordern die britischen Gewerkschaften für die Gewerkschaftsinternationale ein Kontrollrecht hinsichtlich der Durchführung des Sachverständigengutachtens. Schon in der allernächsten Zeit wollen die britischen Gewerkschaften die nötigen Schritte zur Schaffung eines solchen Kontrollrechtes tun.

Bereits auf der Tagung der beiden Internationalen in Amsterdam hat der Vorsitzende der Trade Unions, Purcell, auf die ernsten wirtschaftlichen und die damit verbundenen sozialen Folgen aus der Durchführung des Gutachtens hingewiesen. Er hat jedoch bei der Abstimmung sich der Auffassung der Mehrheit angeschlossen, daß zurzeit kein anderer Ausweg aus der Krise bestehe als die Durchführung des Gutachtens.

Wie wir dazu von gewerkschaftlicher Seite hören, liegt die britische Anregung zur Schaffung eines Kontrollrechtes der Gewerkschaftsinternationale ganz in der Linie der von den deutschen Gewerkschaften seit Jahren vertretenen Reparationspolitik. Die aus dem Dawes-Gutachten entspringenden einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen berühren aufs stärkste die Interessen der Arbeiterschaft nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen Industrieländern, und deshalb wäre eine Kontrolle durch die Gewerkschaftsinternationale zur Sicherung des Lebensstandards und der sozialen Errungenschaften der Arbeiter unbedingt notwendig.

Fortdauernde Betriebseinschränkungen im Bergbau.

Im Juli hat sich die Lage der Siegerländer und Lahn-Dill-Gruben nicht gebessert. Die Betriebseinschränkungen haben sich sogar vermehrt, so daß vom 1. August ab nur noch 30 Proz. der Bergarbeiter beschäftigt werden können. Die Lage der Gruben wird sich nach Angabe der Unternehmer nicht eher bessern, bis nicht die Fracht- und Brennstoffrage eine befriedigende Lösung gefunden hat.

Die Zahl der Arbeitnehmer in der Schweiz.

Das Statistische Amt der Schweizer Bundesregierung veröffentlicht soeben eine Uebersicht der Arbeiterzahl im Jahre 1923. Die Statistik gründet sich auf Erhebungen in 7632 Fabriken. Hiervon waren 309 wegen Arbeitslosigkeit geschlossen gegen 50 im Jahre 1911. Die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen in diesen Betrieben stellt sich wie folgt dar:

	Total	Männer	Frauen
1923	337 403	208 402	129 001
1911	328 841	211 077	117 769

Zahl des Bureaupersonals: 34 388. 40—45 Proz. der Gesamtzahl an Arbeitern war in Fabriken beschäftigt, 28 Proz. in der Landwirtschaft. 15 861 Jugendliche, darunter 9000 Mädchen im Alter von 14—17 Jahren werden in den Fabriken beschäftigt. Die Zahl der ausländischen Arbeiter fiel von 73 000 im Jahre 1911 auf 40 000 im Jahre 1923. Die Holzindustrie beschäftigt 18 975 Arbeiter, die Metallindustrie einschließlich Uhrmacherei 58 649 Personen, die Textilindustrie 36 000, Gas- und Elektrizitätswerke (294 Unternehmungen) 4149 Arbeiter.

Es ist mithin ein Rückgang der Zahl der beschäftigten Arbeiter um 8562 und eine Zunahme der Zahl der Arbeiterinnen um 11 232 zu verzeichnen.

Baugewerksbund, Fachgruppe der Töpfer. Die Kollegen erhalten am Sonnabend in den Verkehrslokalen wichtige Nachricht. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
Die Fachgruppenleitung.

Deutscher Baugewerkschaftsbund, Baugewerkschaft Berlin. Am Sonntag, den 10. August, vormittags 9 Uhr, findet im Saal 3 des Gewerkschaftshauses eine Mitgliederversammlung aller im Feuerungs- und Schornsteinbaugewerbe beschäftigten Kollegen statt. 1. Bericht von der Reichskonferenz. 2. Sektionsangelegenheiten. Es ist unbedingt Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzuzeigen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Fachgruppenleitung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Ebert; Feuilleton: K. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater Opernhaus am Königsplatz Täglich 7½ Uhr: Marietta
Volksbühne Tägl. 8 Uhr: Geisha
Deutsch. Theater Sommerspielzeit Direktion: Stark und Gerson Tägl. 8 Uhr: Max Adalbert u. Max Landa in Clubleute
Kammerspiele Sommerspielzeit Direktion: Stark und Gerson Tägl. 8 Uhr: Die Büchse der Pandora
SCALA 8 Uhr: Internat. Varieté Sonntag 3.20 zu halben Preis, das volle Programm!
Residenz-Th. u. Ltg.: Alfr. Beierle Tägl. 8 Uhr: Hinkemann Gutschein bis 10. August 1–4 Personen 50% Ermäßigung
Th. i. Admiralspalast 8½ U.: Der Erbsig d. Jahres 12 Monate ausverkf. auf dem Spielplan ist die große Revue Drunter und drüber
Intimes Th. 8 U. Gastsp. Künstlersp. Alb. Nachtlichter Befehl
Metropol-Th. 8 U.: D. Weltschlager Mascottchen
Tribüne 8 Uhr: Biederleute mit Jakob Tiedtke
8 U. Trianon-Theat. Kinder der Freude Ferdinand Bonn Marietta Ully, Schneider Ernst, Schröder-Schrom Gutschein bis Sonnt. 10. August 1–4 Personen 50% Ermäßigung
Casino-Theater Täglich 8 Uhr: Das erstkl. bunte Progr. Zum Schluss: Der Eröffn.-Schlag. Muß Liebe schön sein! Komödie in 4 Aufz. Volkstüml. Preise

Große Volksoper im Theater des Westens 8 Uhr: **Fra Diavolo** (Sommerpreise)

Rennen zu Strausberg Sonnabend, 9. Aug., nachm. 3 U. Fahrplan der Sonderzüge:

					Nur Sonnt.
Charlottbg. ab	1.00	1.10			12.13
Zoo „	1.06	1.16			12.20
Friedr.-Str. „	1.21	1.32			12.34
Alex.-Pl. „	1.27	1.39			12.39
Schles. Bhf. „	1.19	1.33	1.46	2.16	12.45
Strausberg an	2.04	2.16	2.28	3.01	1.30

Rose-Theater 8 Uhr: Johannisfeuer Gartenbühne 7½: Mädi
Wintergarten Winstons tanzende Sensitives u. tanz. Nymphen sowie der August-Spielplan! Rauchen gestattet!
Reichshallen-Theater Wieder täglich: Stettiner Sänger Anfang 8 Uhr Dönhoff-Brettl (Reichshallen-Saal und Garten) Gr. Spezial.-Progr. Ant. 7½, Sonnt. 5½ U.

Quittungs-Marken Seit 40 Jahren Spezialität Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

Metropol 8½ Varieté 8½ Behrenstr. 54 Willy Soleske SEALTIEL u. d. gr. AUGUST-Prog.
Theat. a. Kottbus. Tor Tägl. 8 Uhr Elite-Sänger Das herrl. August-Progr. u. a. Kegelklub Dickköppe

Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.
Die 24. Satzungsänderung ist vom Oberversicherungsamt genehmigt worden und tritt am 13. August 1924 in Kraft. Geändert sind die §§ 2, 13, 32, 33b und 47, der bestimmt, daß die Kassenbeiträge auf 5½ Hundertstel des Grundlohns (wirklicher Arbeitsverdienst) bemessen werden. Druckstücke der Abänderung sind vom 13. August 1924 an im Kassenlokal erhältlich.
Der Vorstand.
Emil Thöns, Vorsitzender · R. Freund, Schriftführer.

Metallbetten Stahlmatratz., Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

LUNAPARK Sorgen kreisen sich nicht aus / Fährst Du zum Lunapark hinaus
Sonnabend, Sonntag, Montag: Riesen-Tombola
1 Los nur 1 Mark 12500 Gewinne Jedes 4. Los gewinnt
Hauptgewinne: 1 Reitpferd, 1 Automobil, Motorräder, Gemälde, Bronzen, Grammophone, wertvolle Porzellane, Lederwaren, Kunstgegenstände etc. etc.
Heute von 4–11 Uhr: Voller Betrieb
Militärkonzert / Feuerwerk / Eisball. Charlotte
Eintritt 75 Pfennig

Vergnügungspark **ULAP** am Lehrter Bahnhof
Heute, Sonnabend Eröffnung des Riesen-Frei-Varieté mit seinen Schlagern auf der größten Frei-Varietébühne Deutschlands u. a.
Taft der große Illusionist
3 Merkels Damen-Luftakt
2 Borellys Kom. Balancekt
d'Piccad Pantom. Komp. Die Einbrecher von New York u. a. m.
Voller Betrieb · Konzert u. sämtliche Attraktionen
Eintritt 60 Pfg. einschl. Besuch d. Kunstausstellung Beginn 4 Uhr Sonntags 3 Uhr
Jede Woche neues Programm!

Westfälisches Textilwerk
Herford Werk I · Erwin Seidel Berlin W 56 · Elverdissen Werk II
Einzelverkauf der Erzeugnisse meiner Werke.

	Mk.		Mk.
Indanthren-Oberhemd garant. wasch-, licht-, koch- u. chlorecht	5,90	Berufsanzug blau	6,50
Trikot-Hemd mit buntem Einsatz	2,20	Berufsmantel weiss	7,10
Trikot-Hemd roh ohne Einsatz	1,95	Berufsschürze blau	1,35
Trikot-Unterhosen	2,40	Berufsschürze weiss	1,60
Handtücher	0,65	Berufsjacke weiss	6,30
Handtuchreste 0,30 u.	0,40	blau-weiss gestreift	6,10
Plumeaubezug	4,50		

In großer Auswahl:
Nessel, Hemdentuch, Halbleinen, Reinleinen, Laken.

Da ich keinem Verband angehöre und alle Ware in eigenem Betriebe herstelle, bleiche, färbe, ausrüste und konfektioniere, bin ich in der Lage, der Bevölkerung Berlins eine Gelegenheit zu bieten, sich dauernd zu billigen Fabrikpreisen einzudecken. Ueber 700 Arbeiter stehen hinter mir und bürgt die Firma für die billigsten Herstellerpreise.

Werder Str. 3–4 am Werderschen Markt

Sonntägliche Wanderziele.

Lehnin—Beelitz.

Vom Potsdamer Hauptbahnhof fahren wir mit dem Fernzug über Groß-Kreuz (hier in die Kleinbahn umsteigen) nach Lehnin. Hier liegt eines der ältesten Klöster der Mark; es wurde um 1180 gegründet und mit Mönchen des Klosters Sittichenbach bei Eisleben besetzt. In jener Zeit der Wiederbesiedlung des Wendenlandes durch die Deutschen mußte man bei der Anlage von Klöstern gleichzeitig darauf bedacht sein, Befestigungswerke zu schaffen. Die Klöster sollten nicht nur Horte sein, von denen sich das Christentum ausbreitete, sondern sie sollten zugleich Stützpunkte des vordringenden Deutschtums bilden. Als Bauplatz wurde der sandige Ausläufer einer Hügelkette ausersehen, die von Seen und sumpfigen Niederungen umgeben ist. Klostersee, Mühlenteich, Goblitzsee, Mittelsee, sowie die Niederungen, in denen einst die verschwundenen Seen von Rädel und Schwina lagen, umkränzten Kloster und Ort Lehnin. Heute ist der Ort wegen seiner schönen landschaftlichen Lage zu einer beliebten Sommerfrische geworden. Früher war jedoch die Umgebung ein ziemlich wildes Gebiet. Dichter Wald bedeckte das Land, belebt von zahlreichem Wild, wohl auch Bären; in den fischreichen Seen fanden Scharen von Reihern ihre Nahrung. — Geheimnisvoll raunen die Sagen über die Gründungsgeschichte des Klosters. Und auch der Abt Seebald soll noch „umgehen". Willibald Alexis erzählt von ihm: Zu den Bauern ging er umher, in die schlechteste Hütte, um sie zu bekehren. Aber ihm war es mehr um die Frauen zu tun, als die Männer. Einst kam er in Nahmitz (nördlich von Lehnin) in eines Fischers Haus, und die junge Frau, die gerade buk, kriegte einen Schreck und wußte sich nicht anders zu verstecken, als sie kroch unter den Backtrog. Da, als er Abt sie nicht sah, setzte er sich auf den Trog und wollte warten, bis sie käme. Doch ihre kleine Tochter lief erschrocken auf das Feld und schrie: „Vater! Vater! der Abbat sitzt auf der Mutter." Da liefen sie alle vom Felde und schworen ihm den Tod. Als der Abt sie nun herankommen hörte, mit Mistgabeln und Sensen, lief er, was er laufen konnte, aus dem Hof in den Wald. Sie hinter ihm drein, und da er nicht weiter konnte, denn er war dick, kletterte er auf eine alte Rüster, wo sie ihn runterschütteln wollten. Aber da er sich fest hielt, sägten sie den Baum ab und schlugen ihn dann tot, was auch die Mönche den Heiden Lösegeld boten. Von den alten Baulichkeiten des Klosters ist nur noch wenig erhalten; im Laufe der Jahrhunderte wurde viel ausgebessert und umgebaut. Am bemerkenswertesten ist das „Königshaus" aus dem 15. Jahrhundert, in dem ein kleines Museum untergebracht ist (siehe Abbildung). Der Klostergarten enthält prächtige alte Linden von einer Höhe, wie man sie in der Mark Brandenburg kaum noch einmal findet. Von Lehnin wandern wir gen Ost auf der alten Potsdamer Landstraße durch den Wald. Alte Eichen begleiten den Weg. Nach ½ Stunde biegen wir rechts ab zum Schampsee und Kolpinsee, zwei echte märkische Waldseen. Wir wandern auf dem Westufer des Kolpinsees zu seiner Südwestecke. Hier sind größere Bestände der Weymouthskiefer oder Strobe, einer amerikanischen Verwandten unserer heimischen Kiefer. Nach Südost kommen wir zum Luchgraben. Von der über ihn führenden Luchbrücke (die zweite Brücke) wandern wir nach Resau. Vor etwa 35 Jahren machte dieser stille Ort viel von sich reden, hier ereignete sich der „Spuk von Resau". In dem einen Bauernhaus machten sich allerlei polternde Geräusche bemerkbar, so daß man an einen Spuk glaubte; auch mancherlei Gegenstände wie Kartoffeln, Kohlköpfe und Kohlrüben flogen den Bewohnern um den Kopf, wenn sie ahnungslos am Tisch saßen. Dem Bauern wurde sogar des Nachts wie von Geisterhand das Deckbett fortgezogen. Die guten Leute wußten sich nicht anders zu helfen als den Pfarrer zu holen, damit er den Spuk bannen solle. Aber auch vor dem Pfarrer hatte der Spukgeist keine Achtung; während der Geisterbeschwörung flogen dem Pfarrer ebenfalls Kohl und Rüben um den Kopf. Schließlich wurde als „Spukgeist" ein junger Bursche entlarvt, der bei dem Bauern in Dienst war. — Wir verlassen den gruseligen Ort und wandern gen Südost und später gen Süd nach Klaistow, einem ausgesprochenen Rundddorf am Rande des Kaniner Luchs. Das Luch liegt in der Senke, die die südwestliche Fortsetzung des Schwielowsees bildet, und die einst von der Havel durchflossen wurde. Von Klaistow wandern wir durch Kiefernwald zum Bahnhof Beelitz, von wo aus wir mit dem Vorortzug nach Berlin (Stadtbahn) zurückkehren. (Weglänge etwa 19 Kilometer.)

Oranienburg—Kreuzbruch.

Vom Stettiner Vorortbahnhof fahren wir nach Oranienburg. Einen Besuch dieses Havelstädtchens wollen wir uns heute schenken, wir wandern sogleich durch die Stralsunder Straße und dann rechts unter der Bahn hindurch auf der Königsallee zur Stadt hinaus. Anfangs begleitet uns die Villenkolonie von Oranienburg; alsdann führt die Straße als Schmachtenhagener Chaussee zum Lehnitzsee, der rechts sichtbar wird. Auf hoher Brücke überschreiten wir den Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin, der hier in den Lehnitzsee geführt ist. Eine Schleuse vermittelt den Uebergang. Die Chaussee ist weiterhin von mächtigen Eichen eingefaßt. Knorrige Burschen sind es, von sparrigem Wuchs, die wohl schon manches Jahrhundert vorüberrauschen hörten. Wir folgen der Chaussee bis zur Brücke über den Stintgraben; hinter der Brücke biegen wir links

ab und wandern nun auf dem Ostufer dieses Fließes nach Norden. Anmutig schlängelt sich das Wässerlein durch den Waldesgrund, begleitet von Laubgebüsch. Späterhin führt der Weg etwas abseits. Wir kommen zur Elisabethbrücke, auf der wir die Bäke, ein Nebenflüßchen des Stintgrabens, überschreiten. Bald taucht vor uns der Grabowsee auf, und wir haben die gleichnamige Volksheilstätte erreicht. Am Zaun entlang kommen wir zur alten Straße von Oranienburg nach Liebenwalde, die schwarz beschüttet ist; ihr folgen wir gen Nordost. Durch prächtigen Kiefernhochwald, dessen Boden ein dichter Teppich von Farn- und Beerenkraut bedeckt, wandern wir bis zu einem Kahlschlag, an der durch eine Tafel bezeichneten Grenze der Oberförsterei Liebenwalde. Hier biegen wir halblinks ab und überschreiten den Großschiffahrtsweg auf einer eisernen Brücke. Jenseits erstreckt sich ein halbinselartiger Vorsprung bis zur Havel. Der hier nur sehr schmale Fluß schlängelt sich in zahlreichen Windungen durch das Wiesengelände; auf dem anderen Ufer liegt ein Gehöft, die Schweizerhütte. Ein schönes Landschaftsbild tut sich vor uns auf, wenn wir den Rand des Vorsprungs erreicht haben. Wir wandern über die Brücke zurück und geradeaus weiter zur schwarz beschütteten Straße, der wir nach links folgen. Bald haben wir die Siedlung Bernöwe erreicht. 25 Minuten weiter liegt das Haus Wittenberg. Hier wenden wir uns rechts ab durch schönen Mischwald mit besonders vielen starken Eichen und kommen in einer Stunde an die Berlin—Liebenwalder Chaussee, der wir nach links bis 40 Schritte vor Kilometerstein 37 folgen. 16 Schritte links der Chaussee befindet sich ein kleiner Elsbeerhorst, ein stattlicher Stamm von 17 Metern Höhe und 1,33 Meter Umfang in Brusthöhe, der von mehreren dünnen Bäumchen, kleinen Sträuchern und Schößlingen umgeben ist. Die Elsbeere ist ein äußerst selten vorkommender Baum des heimatlichen Waldes. Der Schaft ist hoch und schlank und trägt eine reich belaubte Krone. Die Blätter der Elsbeere sind langstielig, groß, breit-eiförmig, mit dreieckigen, allmählich zugespitzten, ungleichgesägten Lappen versehen. Diese Blattform ist so eigenartig, daß sie mit der keiner anderen einheimischen Pflanze verwechselt werden kann. Die Früchte sind etwa 1,5 Zentimeter lang und von grünlich brauner, zuletzt lederbrauner Farbe mit eingesprengten hellen Fleckchen. In reifem Zustand sind sie teigig und können dann gegessen werden. Die jetzige Seltenheit der Elsbeere ist darauf zurückzuführen, daß im forstwirtschaftlichen Wald immer nur diejenigen Baumarten angepflanzt werden, die rasch großen Nutzen bringen. Die Elsbeere wächst jedoch langsamer; so fand man, daß ein Stamm von 26 Meter Höhe und 1,94 Meter Umfang in 1 Meter Höhe über dem Boden 235 Jahresringe zählte, also ebenso viel Jahre alt war.

Wir wandern auf der Chaussee weiter, am Forsthaus Bismarck vorüber, zum Bahnhof Kreuzbruch der Reinickendorf—Liebenwalder Bahn. Von hier aus treten wir die Rückfahrt über Reinickendorf-Rosenthal (umsteigen) nach Berlin, Stettiner Vorortbahnhof, an. (Weglänge etwa 16 Kilometer.)

Auf der Kommandobrücke.

Auf dem Potsdamer Platz wird augenblicklich unter ziemlich großem Aufwand von Schupomannschaften und Schupooffizieren der Versuch gemacht, den Verkehr neu zu regeln. Man sieht, halbbelustigt und halbbeängstigt, diesen Experimenten zu und wer ein wenig in der Welt herumgekommen ist, denkt bei sich: Ja, mein Gott, warum denn nur all dieser Aufwand, sintemalen und dieweilen der Verkehr auf dem Potsdamer Platz weit weit hinter dem Verkehr in Straßenbrennpunkten der Weltstädte London und Paris zurückbleibt. Na und wir wollen eben auch Weltstadt werden und probierens mal so.

Zunächst einmal, in der Mitte des Potsdamer Platzes ist ein Aussichtsturm mit Plattform errichtet, auf dem steht der Grüne mit der Tute und tutet. Ab und wann gesellt sich zu ihm ein Schupooffizier, der über den Platz blickt und ausschaut, wie ein Kapitän, der von der Kommandobrücke des Schiffes Wind, Wellen und Wolken prüft. Die Inselperrons sind mit Brettern umzäunt, und ebenso sind an der Ecke der Potsdamer Straße und der Bellevuestraße von Baum zu Baum Breiter genagelt, die auf den ersten Blick wie Barrikaden anmuten. Durch diese Verschläge und Verhaue soll das Publikum zur Verkehrsregelung erzogen werden. Wehe nämlich dem Passanten, der, wie er es bisher gewohnt war und auch ohne jede Gefahr tun konnte, quer über den Platz gehen will. Man ruft, man schreit und wenn er auf alle diese Alarmierungen nicht hört, holt man ihn zurück. Je nach Veranlagung und Temperament des einzelnen Beamten. Der eine Schupomann führt den Verirrten, der gar nicht weiß, wie ihm geschieht, an der Hand aus dem „Chaos" zurück, ein anderer wieder macht ihn mehr im Befehlston darauf aufmerksam, daß er sich auf falschem Wege befindet. Während dieses Versuches der Verkehrsregelung darf nämlich das Publikum den Platz entweder nur im Zuge der Leipziger resp. der Potsdamer Straße überschreiten, oder rund um den Platz herumgehen. Das ist ein wenig umständlich und trägt gewiß nicht gerade zur Vereinfachung des Verkehrs bei. Das Publikum muckt auf gegen die Bevormundung und nicht selten hat sich alles, Straßenbahnen, Wagen, Automobile und Fußgänger zu einem Knäuel verkrampft, der erst wieder mühsam von den Beamten auseinandergewickelt werden muß.

Man steht und sieht staunend auf die Experimente. In der Zu-

12]

Die Rebellion.

Roman von Joseph Roth.

Herr Arnold stand schweigend, weil der Stimme beraubt. Er beobachtete die rote, schwarz und braun gestreifte Schleife seines Gegners, die keck und wie ein Requisit der Lebensfreude über die beiden Kragenenden hinausragte. Es wurde sehr still, nachdem Luigi Bernotat mit erhobener Stimme seine Rede beendet hatte. Plötzlich begann Bernotat zu trillern. Er wollte offenbar seinen frechen Uebermut beweisen, indem er eine Lerche täuschend imitierte. Sein Pfeifen schwoll an und bald war es, als jubilierte ein ganzer Lerchenchor.

Da schrie Herr Arnold: „Trillern Sie hier nicht, Sie frecher Lausbub!"

Luigi Bernotat verneigte sich: „Das werden Sie beweisen," sagte er leise und gar nicht konsequent und er tänzelte, nachdem er sich noch einmal verneigt hatte, elegant hinaus.

Herr Arnold übersah, trotz seiner Aufregung, die ganz gefährlichen Folgen dieses Besuches nicht. Da hatte er was angerichtet! Fünfundvierzig Jahre eines anständigen Lebenswandels, eines tadellosen Rufes, eines glänzenden Geschäftsganges waren gefährdet. Und, ohne lange zu überlegen, fuhr er zu seinem Rechtsanwalt.

Freilich war dieser abwesend und beim Gericht. Ein Narr, wer es anders erwartet hätte! Wozu haben wir eigentlich unsere Rechtsanwälte? Damit sie verschwinden, sobald wir ihren Rat gebrauchen. Unsere Hausärzte? Sie kommen erst, wenn wir gestorben sind und schreiben unsere Totenscheine. Unsere Bureaumädchen? Sie bringen uns eines dummen Witzes wegen in die allergrößte Verlegenheit. Unsere Frauen? Mit ihnen können wir überhaupt nicht sprechen, wenn unser Herz voll ist; unser Unglück löscht nur ihren ewigen Rachedurst. Unsere Kinder? Sie haben ihre eigenen Sorgen und wir Väter sind womöglich ihre Feinde.

Und obwohl alle diese Verhältnisse seit Jahrhunderten wahr und gültig sein mochten, so war doch vieles von dem, was den besonderen Fall Bernotat, Lenz und Arnold betraf, eine Schuld dieser Zeit; dieser entsetzlichen Gegenwart, deren Tendenzen dahin gingen, diverse Ordnungen zu zerstören. In welchem Zeitalter der Weltgeschichte wäre es sonst möglich gewesen, daß ein kleines Bureaumädchen ihren Verlobten zu ihrem Brotgeber schickte? Daß dieser „Bräutigam" — Herr Arnold dachte diese Bezeichnung in Gänsefüßchen — zum Chef eines altangesehenen Hauses käme und Rechenschaft forderte — notabene einen Bräutigam, der ein Zirkusmensch ist! In welcher anderen Zeit hätte diese Hefe der menschlichen Gesellschaft noch so viel impertinenten Mut aufgebracht?

Herr Arnold schickte das Auto weg und ging durch die Straßen. Er aß in einem Restaurant. Mochte seine Familie auch ein bißchen aufgeregt sein. Hatte er vielleicht die Verpflichtung, seit Jahren pünktlich heimzukommen? Mochten sie zu Hause nur glauben, ihm sei ein Unfall zugestoßen.

Im Gasthaus schien der Kellner eine so auffällige Erscheinung, wie Herrn Arnold, nicht bemerken zu wollen. Arnold zerschlug mit einem schweren Messergriff ein Salzfaß und nahm mit der wortlosen Gekränktheit eines gewaltigen Tyrannen die demütige Entschuldigung des feierlichen Direktors entgegen.

Dann trank er einen Mokka, um die Müdigkeit niederzuringen. Dennoch mußte er noch auf der Straße gegen den Schlaf ankämpfen, der mit der Zähigkeit einer langjährigen Gewohnheit auftrat.

Herr Arnold ging durch fremde Straßen mit eiligen Schritten, als wollte er bald ein Ziel erreichen. Mit jedem Schritt merkte er, bitter und dem Weinen nahe, wie wenig er eigentlich bedeutete. Man geht so durch die Welt, durch sein eigenes Land, durch seine Heimat, für die man fünfundvierzig Jahre geschuftet hat — und ist ein Niemand. Vor fremden Automobilen und Wagen muß man sich in acht nehmen. Die Lümmel von Polizisten sehen stolz auf uns herab. Gemeine Menschen aus den unteren Schichten des Volkes, versoffen und zerlumpt, gehen uns nicht aus dem Wege. Geschäftsdiener mit Gepäckstücken stoßen uns an. Sechzehnjährige Burschen bitten mit der Miene ernster Männer um Feuer für ihre Zigarette. Es fällt uns aber nicht ein, stehen zu bleiben und Rotzbuben Gefälligkeiten zu erweisen. Auf Schritt und Tritt erkennt man die zersetzenden Tendenzen dieser Zeit. Dieser gottverlassenen Gegenwart!

Die Dämmerung senkte sich rasch über die Welt. Die ersten Laternen erglommen. Ein hinkender Mann stellte sich Arnold in den Weg. Er trug auf Brust und Rücken ein aufreizendes Plakat. „Genossen!" — so begann es, „Die Not der Invaliden kennt keine Grenzen. Die Regierung ist ohnmächtig!" In diesem Ton ging es weiter. Das war ja auch eine schöne Bande! Bettler, Diebe und Einbrecher. Viele waren ja gar nicht echt. Simulierten Schmerzen. Gaben vor, Krüppel zu sein! Eine nette Gesellschaft. Die Regierung ließ das zu. Auf öffentlichen Plakaten schreiben sie: Genossen! Ein schreckliches Wort. Anarchistisch. Zersetzend. Es riecht nach Bomben. Die russischen Juden erfinden solche Bezeichnungen. Der Polizist stand in der Nähe und griff nicht ein. Dafür zahlt man die horrenden Steuern! Schrecklich, so was! Da ist ja auch das Versammlungslokal! Hinein strömen sie! Auffallend wenig Krüppel. Drei oder vier Blinde mit Hunden. Aber sonst? — Tagediebe, Bettler, Gesindel.

Es war spät. Man mußte heim. Am besten, man bestieg eine Straßenbahn.

Hätte der Herr Arnold, wozu er wohl in der Lage gewesen wäre, ein Auto genommen, um heimzukommen, er wäre der letzten Aufregung dieses furchtbaren Tages entronnen und sein Weg hätte sich nicht unheilvoll mit jenem des Leierkastenmannes Andreas Pum gekreuzt. So aber richtet es ein tückisches Geschick ein: daß wir zugrunde gehen nicht durch unsere Schuld und ohne, daß wir einen Zusammenhang ahnen; durch das blinde Wüten eines fremden Mannes, dessen Vorleben wir nicht kennen, an dessen Unglück wir unschuldig sind und dessen Weltanschauung wir sogar teilen. Er gerade ist nun das Instrument in der vernichtenden Hand des Schicksals.

8.

Es fügte sich, daß Andreas, der an diesem Nachmittag seinen Leierkasten zu Hause gelassen hatte und den Esel im Stall, wie er es an jedem Mittwoch zu tun gewohnt war, plötzlich so müde wurde, daß er, obwohl er sparsam und sein Haus nicht mehr weit entfernt war, die Straßenbahn bestieg. Hart an ihrem Eingang und so, daß er das halbe Trittbrett einnahm, stand Herr Arnold mit seinem Regenschirm, wie ein Wächter. Mehrere Passanten hatten sich schon über den umfangreichen Herrn aufgeregt, der den Verkehr so anmaßend behinderte. Arnold aber war — wir wissen, weshalb — nicht in jener Stimmung, in der man seinen Mitmenschen Gerechtigkeit widerfahren läßt. Er, der sonst immer für die vorgeschriebene Ordnung auf öffentlichen Verkehrsanstalten eingenommen war, rebellierte gegen seine eigene Ueberzeugung.

Andreas Pum war schon lange nicht Straßenbahn gefahren. Er hatte sie als ein sympathisches Verkehrsmittel in der Erinnerung. Immer boten ihm zwei und drei Passagiere gleichzeitig ihre Plätze an. Seine Krücke, sein militärischer Anzug, den er an Wochentagen trug und sein blankes Kreuz sprachen zu dem Gewissen der Leute, selbst jener mürrischen Nebenmenschen, die immer tiefbekümmert und wie durch tausend Ungerechtigkeiten, die ihnen jemand zugefügt, erbittert durch die Welt gehen, mit dem Ziel, allen, die ihnen in den Weg laufen, das Dasein zu erschweren. In der Straßenbahn begegnete Andreas Pum immer zuvorkommenden Gesichtern.

(Fortsetzung folgt.)

Montag, 11. August, abends 7 Uhr, demonstriert das arbeitende Berlin im Lustgarten und auf dem Schloßplatz für die Republik, gegen die Reaktion

kunft soll, wie das auch hier an dieser Stelle vor einiger Zeit erwähnt worden ist, der „Aussichtspunkt" für den tutenden Schupomann bestehen bleiben. Man blickt auf das Ganze, hat so seine Gedanken, wobei immer noch die Hoffnung vorherrscht, daß schließlich aus der geplanten Verkehrsregelung nicht eine Verkehrsverwirrung werde.

Der Tote im Babelsberger Park.

Wie seine Persönlichkeit festgestellt wurde.

Am 26. Juli wurde, wie wir mitteilten, ein unbekannter junger Mann im Schloßpark von Babelsberg erschossen aufgefunden. Die ganze Angelegenheit war zunächst völlig rätselhaft, da auch die Person des Toten nicht bekannt war. Mit vieler Mühe ist es jetzt der Kriminalpolizei gelungen, die Persönlichkeit des Toten festzustellen. Auf das Ausschreiben in den Zeitungen meldeten sich viele Personen, die einen Angehörigen vermißten. In der Löcknitz fand ein junger Mann eine Flaschenpost. Ein Zettel, den die Flasche enthielt, trug die Worte: „Wir können über die Mordsache Babelsberg Auskunft geben, aber nur gewissenhaft." Darunter stand der Name eines jungen Mannes aus Friedenau. Dieser konnte nachweisen, daß er weder mit dem Morde noch mit der Flaschenpost irgend etwas zu tun hatte. Er war gar nicht an der Löcknitz gewesen. Es lag ein Unfug vor. In der Umgebung der Leiche waren Ueberbleibsel von verbrannten Papierschnitzeln gefunden worden. Es konnten aus ihnen nur die Buchstaben „. . lustrier Cöthensch . . Anze . . . Sonntag . . ." zusammengestellt werden. Es handelte sich um die Sonntagsbeilage des „Cöthener Anzeigers". Diese Spur wies also nach Cöthen. Die Nachforschungen nach einem etwaigen Vermißten aus Cöthen blieben erfolglos. Da schrieb eine Frau Stone aus Gröbzig bei Cöthen, daß ihr Sohn Walter seiner Braut in einem Briefe mitgeteilt habe, daß er sich erschießen werde. Kriminalkommissar Dr. Riemann fuhr nun mit einem Lichtbild und den Sachen des Toten nach Gröbzig zu den Angehörigen und stellte so außer Zweifel, daß der Tote der Sohn der Briefschreiberin, Walter Stone, ist, ein junger Mann von 20 Jahren. Dieser wurde als Sohn eines Zollaufsehers in Hamburg geboren, verließ mit den besten Zeugnissen die Bürgerschule, lernte das Schlosserhandwerk und trat im vergangenen Jahre in Wilhelmshaven als Heizer bei der Marine ein. Hier machte er in einem Anfalle von Schwermut, an der er ständig litt, einen Selbstmordversuch, in dem er sich aus einem Trommelrevolver eine Kugel in den Kopf schoß. Dieses Bleigeschoß konnte bei der Operation nicht entfernt werden und wanderte seitdem, ohne daß es dem jungen Manne erhebliche Beschwerden verursachte. Er mußte aber auf die Dauer immer mit einer Komplikation rechnen, und das steigerte seinen Trübsinn wohl noch mehr. Nach seiner Entlassung von der Marine fand Stone Arbeit in einer Maschinenfabrik in Gröbzig. Am 19. Juli gab er plötzlich ohne jeden Grund die Stellung auf. 5 Tage später verließ er seine Mutter, angeblich, um in Magdeburg Arbeit zu suchen. Beim Abschied war er scheinbar sehr lustig, erklärte aber, daß es auf die Dauer so nicht weiter gehe und machte eine Handbewegung, als ob er sich einmal eine Kugel in die Stirn schießen werde. Auch beim Abschied von seiner Braut zeigte er sich sehr aufgeregt. In Magdeburg besuchte Stone einen Onkel und versprach ihm, noch einmal wiederzukommen, tat das aber nicht. Am selben Tage noch, am 25. Juli, muß er nach Potsdam gefahren sein. Alle diese Ermittelungen deuten auf einen Selbstmord hin. Es ist auch festgestellt, daß die bei der Leiche gefundene Parabellumpistole Stone gehörte. Dem steht allerdings das Gutachten der Aerzte entgegen, und wenn sie darin recht haben, daß sich der Einschuß im Genick und der Ausschuß an der Stirn befindet, so ist es ohne Zweifel schießtechnisch unmöglich, daß sich der Mann den Schuß selbst beigebracht haben kann. In dieser Beziehung wird also wohl noch eine Nachprüfung stattfinden müssen. Bis dahin muß immer noch damit gerechnet werden, daß Stone das Opfer eines Verbrechens geworden ist. Von seinen Sachen fehlen noch eine große gelblederne Aktentasche und ein gelber Spazierstock. Wer über deren Verbleib Auskunft geben kann, wird ersucht, sich bei Kriminalkommissar Dr. Riemann zu melden. Vielleicht hat Stone sie in einer Gastwirtschaft irgendwo untergestellt und nicht wieder abgeholt. Die Aktentasche enthielt nach den Bekundungen der Mutter und des Onkels wohl kaum etwas anderes als Lebensmittel, Brot und Wurst.

Die gefälschten Steuermarken.

Zuchthaus und Gefängnis für die Fälscher.

Nach fünftägiger Verhandlung ging vor dem großen Schöffengericht Mitte der Prozeß gegen die Falschmünzerbande Mandlik zu Ende. Der Hauptangeklagte Mandlik ist flüchtig und so konnte ebensowenig wie gegen ihn auch gegen mehrere andere Angeklagte verhandelt werden, da sie nicht auffindbar waren.

Die Verhandlung hat ergeben, daß der in der Reichsdruckerei beschäftigt gewesene Arbeiter Hermann Gehlhaar im Jahre 1920 die Gelegenheit benutzt hatte, Papier, das zur Herstellung von Wertzeichen verwendet wurde, zu stehlen. Das Papier verkaufte er an den Bauunternehmer Ernst Scheunemann, der es dann wieder weitergab. Der nächste Abnehmer war der Händler Adolf Staehr, der sich mit dem Steindrucker Willi Freiheit aus Neukölln in Verbindung setzte und ihm die Mittel zur Einrichtung einer Druckerei gab. Nach längeren Versuchen gelang es Freiheit, Steuermarken zu 25 Mark so geschickt herzustellen, daß sie von den echten Marken nicht zu unterscheiden waren und die Reichsfinanzverwaltung sich genötigt sah, dieses Wertzeichen außer Verkehr zu setzen. Durch die Vermittlung von Mandlik und einer Reihe anderer Angeklagter wurden die Steuerzeichen auch außerhalb Berlins in den Verkehr gebracht. Ein großer Teil der Steuermarken wurde durch die Vermittlung des Buchhalters Paul Pfeiffer, der eine Reihe anderer Angestellter zur Hilfe nahm, in dem Betrieb der Konsumgenossenschaft Lichtenberg für die Steuerbücher verwendet. Bei dem Vertrieb der Marken bildeten das Bahnhofsrestaurant am Zoo, eine Konditorei und eine Kaschemme im Scheunenviertel die Börsen. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wasmund beantragte Strafen von zwei Jahren Zuchthaus bis zu neun Monaten Gefängnis. Der Vertreter der Reichsfinanzverwaltung, die sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen hatte, verlangte, daß den Angeklagten ausnahmslos Milderungsumstände versagt würden, da in dem Treiben der Angeklagten eine schwere Schädigung des Reiches und eine große soziale Unsicherheit liege. Das Gericht ging nach längerer Beratung sogar über die Anträge des Staatsanwalts bei den Hauptangeklagten hinaus. Es wurden verurteilt: Staehr zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und 1000 M. Geldstrafe, Pfeiffer zu zwei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und 1000 M. Geldstrafe, Gehlhaar zu zwei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust, Freiheit zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Weitere sieben Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu 1½ Jahren verurteilt.

Kohlen für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene.

Die Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene der Stadt Berlin hat, einer Anregung des Reichsarbeitsministeriums folgend, einen Lieferungsvertrag über 400 000 Zentner Preßkohlen abgeschlossen, die zu billigen Preisen an bedürftige Schwerkriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene abgegeben werden sollen. Die HFSt. hält es, einer in der letzten Zeit wiederholt in der Presse hervorgehobenen Empfehlung entsprechend, für vorteilhaft, daß die Haushalte sich schon jetzt für den Winter mit Brennstoffen versehen, ehe im Herbst eine durch die große Nachfrage zu erwartende Erhöhung der Kohlenpreise eintritt. Die Belieferung wird an die Empfänger von Zusatzrenten erfolgen und diese in die Lage setzen, den Preis in Raten durch Abzüge von ihrer Zusatzrente zu decken. Die Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene hat Vorsorge getroffen, daß die Belieferung in diesem Jahre glatt vonstatten geht, da die im vorigen Jahre durch die Inflation hervorgerufene Unterbrechnung nicht mehr zu befürchten steht. Die Durchführung der Kohlenverteilung obliegt im einzelnen den Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge bei den Bezirksämtern.

Ein schwerer Autounfall ereignete sich gestern abend gegen 6 Uhr an der Ecke der Pommerschen Straße und Hohenzollerndamm in Wilmersdorf. Dort hat der Chauffeur Galleck ein durchrepariertes Auto eingefahren. Dabei fuhr der Wagen mit großer Wucht gegen die Bordschwelle. Galleck wurde aus dem Wagen geschleudert und blieb bewußtlos liegen. Er wurde mit dem Rettungsauto der Feuerwehr in das Landkrankenhaus übergeführt.

Ein tapferer Junge. Der Polizeipräsident gibt bekannt, daß der Maschinenbaulehrling Johannes Groth aus Berlin-Plötzensee, Kanalstr. 19 b, am 13. Juni 1924 den Arbeiter Reinhold Knop aus Berlin-Plötzensee aus dem Landwehrkanal vom Tode des Ertrinkens gerettet hat.

Der Warenvertrieb des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold", Berlin SW 68, Lindenstr. 3, II. Hof, 2 Treppen rechts, Zimmer 11, ist heute Sonnabend, den 9. August, bis abends 6 Uhr geöffnet. Windjacken, Bundesmützen, Cordhosen, Fahnen, Armbinden usw. sind wieder eingetroffen.

Der Tornado in Amerika. Nach einer Meldung aus New York hat nach großer Hitze ein Tornado den westlichen Teil von Wisconsin verwüstet. Zahlreiche Personen sind getötet und verletzt worden.

Jugendveranstaltungen.

Landheim-Anmeldungen (Quenzsee) werden noch angenommen. Pro Tag 1.50 M.

Heute, Sonnabend, den 9. August:

Mariendorf: 9.00. Fahrt nach Zossen—Teupitz. Treffpunkt 5½ Uhr Bahnhof Mariendorf.

Konferenz der Werbebezirke Westen, Teltowkanal und Unterbezirke Luckau, Jüterbog, Trebbin sowie Werbezirke Königswusterhausen und Storkow.

Morgen, Sonntag, den 10. August:

Alle Abteilungen beteiligen sich an den Verfassungsfeiern.

Lichtenberg-Nord: Fahrt. Treffpunkt ½7 Uhr Bhf. Strausberg-Rummelsburg. — **Westen:** Fahrt Glienicker See. Treffpunkt 6 Uhr Bhf. Bülowstraße.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 46 III.

Kameradschaft Wilmersdorf: Sonntag, den 10. August, nachmittags 2½ Uhr, Antreten Fehrbelliner Platz. 4 Uhr Verfassungsfeier bei Rohr, Kaiserallee 81—82. — **Südöstliche Abteilung:** Sonntag, den 10. August, mittags 12 Uhr, Treffpunkt am Feuerwehrdenkmal, Mariannenplatz. Sämtliche Mitglieder der Abteilung Kreuzberg treffen sich pünktlich 1 Uhr nachmittags Belle-Alliance-, Ecke Kreuzbergstraße. — **Kameradschaft Königswusterhausen:** Montag, den 11. August, abends 6½ Uhr, Antreten am Bahnhof zum Umzug und Ausmarsch zur Beteiligung an der Verfassungsfeier in Niederlehme. Alle Kameraden müssen erscheinen. Die Kameraden von Treptow und Eichwalde beteiligen sich hieran. — **Kameradschaft Wilmersdorf, Jugendgruppe:** Radfahrer, Sonnabend, den 9. August, nachmittags 4 Uhr, am Fehrbelliner Platz. Teilnahme von Radfahrern anderer Kameradschaften erwünscht. — **5. Kameradschaft (Friedrichshain):** Sonnabend, den 9. August, nachmittags 5 Uhr, treffen sich alle Kameraden in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstr. 36a. Alle Fahnen mitbringen. Sonntag, den 10. August, vormittags 8 Uhr Treffpunkt bei Schwarz, Müllenbachstraße, zur Ausschmückung des Gartens. Nachmittags 2 Uhr Antreten aller Kameraden auf der Weberwiese. — **34. Kameradschaft (Neukölln und Britz):** Sonntag, den 10. August, nachmittags 1½ Uhr. Antreten der gesamten Kameradschaft Kaiser-Friedrich-Straße, Ecke Hermannplatz. Erscheinen aller Mitglieder Pflicht. Umzug mit der Kameradschaft Kreuzberg bis nach dem „Orpheum", Hasenheide. Ab 3 Uhr nachmittags großes Volksfest mit Doppelkonzert. — **Kameradschaft Tiergarten II:** Sonntag, den 10. August, pünktlich 13¾ Uhr nachmittags, Antreten am Großen Stern. Montag, den 11. August, abends nicht 7 Uhr, sondern 6½ Uhr pünktlich Antreten am Großen Stern. — **12. Kameradschaft (Steglitz):** Am Sonnabend, den 9. August, im Restaurant Lasch, Ringstraße, Steglitz, von 7—9 Uhr Ausgabe von Mützen, Jacken und Hacheln. Sitzung des Vorstandes, des Festausschusses und der Gruppenführer. Das Wecken findet Sonntag, den 10. August, erst um 7 Uhr statt. Treffpunkt an der Paulus-Kirche in Lichterfelde. — **Kameradschaft Tempelhof:** Die Kameraden beteiligen sich nicht, wie ursprünglich vorgesehen, an der Verfassungsfeier in Steglitz, sondern an der Feier in Zehlendorf. Treffpunkt 1 Uhr Attileplatz. — **Jugendkameradschaft Oberspree** trifft sich am Sonntag früh um ¾8 Uhr in der Schule in Niederschöneweide zur Arbeitsverteilung. Sämtliche Fahnen und die Abrechnung der Eintrittskarten sind mitzubringen.

Arbeiter-Samariter-Bund, e. V., Bezirk 1. Geschäftsstelle: Joh. Sieger, Berlin-Weißensee, Lehderstr. 71, 8 Tr. Am Sonnabend, den 9. August, nachmittags 4 Uhr, veranstaltet der Bezirk in den Gesamträumen des Lokals Neu-Heringsdorf (Fahrt bis Hirschgarten) ein großes Sommerfest. Ueberraschungen aller Art. Der Ueberschuß wird zur Anschaffung von Materialien verwandt. Die Kolonnen werden gebeten, für zahlreiche Beteiligung Sorge zu tragen. Freunde und Anhänger der Arbeiter-Samariter-Bewegung sind freundlichst eingeladen. Eintritt inkl. Tanz und Hockersteuer 1,30 M.

Geschäftliche Mitteilungen.

Linksol-Gas bedeutet durch die großen Vorzüge und verblüffende Wirkung bei einmaliger Handhabung ohne Vorkenntnisse, ohne Gift- oder Explosionsgefahr, ohne Geld- oder Zeitverlust mit Recht eine erlösende Umwälzung auf dem Gebiete der Ungeziefervernichtung. Linksol-Gas ist fast in sämtlichen Drogerien zu haben.

Wetterbericht für Berlin und Umgegend. Langsam aufklarend, aber noch ziemlich kühl. Schwache nordwestliche Winde. — **Für Deutschland.** In Ostdeutschland noch vereinzelt leichte Regenfälle, im Westen heiter.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 9. August.

Tageseinteilung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörse. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittelung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.

5.30—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). **7.30 Uhr** abends: Vortrag der Frau Marg. Caemmerer: „Die Herbstmode". **8 Uhr** abends: Vortrag des Herrn Majors v. Tschudi, Vizepräsident des Aeroklubs Deutschland: „Luftfahrt". **9—10 Uhr** abends: Konzert. 1. Zwei Sätze aus dem Dumbky-Trio, Dvorák. Paul Goldfein (Violine), Hermann Hopf (Cello), Dr. Felix Günther (Klavier). 2. Sommerarie aus den „Jahreszeiten", Haydn. Friedel Tscheppau. 3. Sonate in G-moll, Tartini. Paul Goldfein (Violine). 4. Caro mio ben (mit obligatem Cello), Giordam. Konzertsänger Adolf Henke (Gesang), Hermann Hopf (Cello). 5. Zwei ungar. Tänze, Brahms. Paul Goldfein (Violine), Hermann Hopf (Cello), Dr. Felix Günther (Klavier). 6. a) Begegnung, b) Nimmersatte Liebe, c) Der Gärtner, d) Er ist's, H. Wolff. Friedel Tscheppau. 7. a) Largo, Joh. Ad. Birkenstock (1687—1733), b) Gavotte, Hopf. Hermann Hopf (Cello). 8. a) Maria, b) Genesung, c) Im Mai, Rob. Franz. Konzertsänger Adolf Henke. Am Steinway-Flügel: Dr. Felix Günther. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten. **10.50 bis 11.30 Uhr** abends: Tanzmusik.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

Achtung! Die Kreise Berlin-Mitte, Charlottenburg, Tempelhof, Treptow-Adlershof heute, Sonnabend, bis 3 Uhr Plakate (zur Demonstration) im Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3, Zimmer 7, abholen.

*

Die Kassierer der 61., 62., 64., 112., 124. und 142. Abteilung werden hierdurch nochmals öffentlich aufgefordert, nun endlich die Abrechnungen zu leisten, die nach dem Statut bereits **bis zum 30. Juni** zu erfolgen hatten.

Nachdem bisher alle Mahnungen unberücksichtigt gelassen wurden, werden die **zuständigen Revisoren** hierdurch ersucht, in diesen sechs Abteilungen für die ordentliche Erledigung der Kassengeschäfte zu sorgen. J. A.: Alex Pagels.

*

6. Kreis Kreuzberg. Verfassungsfeier Sonntag nachmittag 3 Uhr im Orpheum, Hasenheide. Karten zur Feier im Großen Schauspielhaus und für Nachmittag sind zu haben beim Genossen Rothe, Schlesischestr. 15. — Bei allen Bildungsausschußmitgliedern können Vorbestellungen für die Proletarischen Feierstunden und die Festkonzerte gemacht werden; auch sind Karten zum „Bunten Abend" am 30. August à 80 Pf. zu haben.

12. Kreis Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz. Die Genossen werden ersucht, an der morgen stattfindenden Veranstaltung des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold" teilzunehmen. 6 Uhr früh Wecken. Abmarsch von der Kirche Lichterfelde. 2 Uhr nachmittags Demonstration. Abmarsch Kranoldplatz in Lichterfelde.

15. Kreis. Die Parteigenossen und -genossinnen beteiligen sich am Sonntag an der Verfassungsfeier des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold". Treffpunkt 2 Uhr am Hauptbahnhof Niederschöneweide.

17. Kreis Lichtenberg. Die Abteilungen müssen unbedingt Propagandamaterial von der Bibliothek Weichselstraße ab heute, Sonnabend, nachmittag 5 Uhr abholen.

20. Kreis Reinickendorf. Am Sonntag, den 10. August, ab nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Borgschloß, Waldmannslust, großes Sommerfest und Verfassungsfeier. Konzert, Gesang, Festrede des Genossen Henke, turnerische Vorführungen und Umzug. Eintrittspreis 50 Pf. Kinder frei. Arbeitslose Genossen gegen Vorzeigung der Karte frei. Genossen, die geschlossen hingehen möchten, können sich um 2 Uhr am Wittenauer Rathaus der 20. Kameradschaft des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold" anschließen. Die Mitglieder des Festausschusses treffen sich am 10. August, vormittags 9½ Uhr, im Festlokal.

Heute, Sonnabend, den 9. August:

18. Abt. 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Trümper, Flensburger Str. 3. Die Bezirksführer müssen zum Mittwoch abend einladen.

70. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Sitzung des erweiterten Abteilungsvorstandes mit den Straßenführern bei Ihlenfeld, Uhlandstr. 74.

Morgen, Sonntag, den 10. August:

74. Abt. Zehlendorf. Laut Beschluß beteiligen sich die Mitglieder mit ihren Familien an der Verfassungsfeier am Sonntag nachmittag 3½ Uhr im Lokal Waldesruh, Machnower Straße.

102. Abt. Baumschulenweg. Zur Reichsverfassungsfeier am Sonntag beteiligen sich die Parteiorganisationen geschlossen. Aufmarsch an der Waldecke um 1 Uhr. Abmarsch mit Tambour, Chor und Musikkapelle nach Bahnhof Niederschöneweide. — Am Montag zur Parteidemonstration Treffpunkt am Göbelitzer Bahnhof 6 Uhr abends. Es wird erwartet, daß die Genossinnen und Genossen sich am Sonntag und Montag vollzählig beteiligen.

106. Abt. Köpenick. Beteiligung an den Veranstaltungen des Reichsbanners. Treffpunkt morgens 7½ Uhr Kölnischer Platz. (Umzug.) Nachmittag 3 Uhr Spree-Restaurant Sadowa. Treffpunkt 2½ Uhr Stadtpark, Lindenstraße. — Montag, den 11. August, Fackelzug. Treffpunkt Kölnischer Platz 8 Uhr abends.

109. Abt. Friedrichshagen. Die Genossen beteiligen sich an der Verfassungsfeier des 16. Kreises in Köpenick, Restaurant Sadowa-Oberspree. Treffpunkt am Marktplatz nachmittags 1 Uhr. Von hier gemeinsamer Abmarsch. — Montag abend Beteiligung am Fackelzug in Köpenick. Treffpunkt gleichfalls Marktplatz Friedrichshagen um 7 Uhr.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

11. Abt. Genosse Karl Hilpert, Krefelder Str. 18, ist verstorben. Beerdigung Sonnabend nachmittag 3½ Uhr auf dem Johannes-Friedhof in Plötzensee.

Arbeitersport.

13. Bezirkskartell. Am Sonnabend, den 9. August, ½8 Uhr, findet auf dem Fichte-Turnplatz Mariendorf die Kartellvertretersitzung statt. Unbedingtes Erscheinen aller Vereinsvertreter ist Pflicht.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Ortsgruppe Berlin. Touren für Sonntag, den 10. August. **1. Abt.:** Rangsdorf. Start 5 Uhr früh Bülowstraße 55. **2. Abt.:** Sonnabend nachmittag Templin; Sonntag früh 5 Uhr Kaputher See, 1 Uhr Wannsee. Start Dieffenbachstr. 30. **3. Abt.:** Pätzsee früh 5 Uhr. Start Lausitzer Platz 17. Schmöckwitzer Wiesengrund Friedrichshagen. **4. Abt.:** Sonnabend abend 5 Uhr und früh 5 Uhr Motzener See. Starts Weberwiese. **5. Abt.:** 5 Uhr früh Dammsmühle, 7 und 12 Uhr Wandlitzsee. Starts Landsberger Platz. **6. Abt.:** Gosener Berge früh 5 Uhr, 12 Uhr Adlershof (Aleot). Starts Kopenhagener Str. 20. **7. Abt.:** Lehnitzsee. Starts 7 und 1 Uhr Kolonistenstraße. **8. Abt.:** Krampnitzsee. Start 5 Uhr Arminiusplatz. **9. Abt.:** Tiefensee früh 5 Uhr, Ahrensfelde (Schneider) 12 Uhr. Starts Schulstr. 14. **10. Abt.:** Früh 5 Uhr Start Comeniusplatz. **12. Abt.:** Rahmer See. Start früh 7 Uhr Prenzlauer Allee, Ecke Heinersdorfer Straße. **Jugendabteilung:** Radtour nach Schönmulde. Start früh 6 Uhr Schles. Tor. **Ortsgruppe Neukölln:** Radtour Störmthsee. Start je früh 5 Uhr. 1. Abt. Hertzbergplatz. 2. Abt. Bahnhof Hermannstraße. **Ortsgruppe Reinickendorf:** Weißensee. Bezirkssoallsportfest. Start 1 Uhr. **Ortsgruppe Tegel:** Start 12 Uhr Schleiperstr. 64. Bezirkssoallsportfest Weißensee. **Ortsgruppe Lichtenberg:** Start 11 Uhr Jungstr. 10, siehe 21. Bez. Sonntag, den 10., Bezirkssoallsportfest Weißensee, Turnhalle Pistoriusstraße. Beginn 3 Uhr. **Ortsgruppe Charlottenburg:** Sonnabend Italienische Nacht am Falkenhagener See. Abends 7 Uhr Start Galvanistr. 13. Bundesgenossen, Abt. und Ortsgruppen, die es möglich machen können, treffen sich um 3 Uhr in Gülergoz zur Propaganda, daselbst herrliche Badegelegenheit (See). **Langstreckenfahrer:** Sonnabend, den 9.—10., Langstreckenfahrt nach Dessau. Start 4½ Uhr Bahnhof Heerstraße. Montag, den 11., Sitzung der Ortsverwaltung, 7 Uhr, Rungestr. 17. — **Warnung, Diebstahl!** Der Bundesgenossin Adam, Neukölln, sind aus ihrer Wohnung, Mainzer Str. 45, Donnerstag, den 7. August, zwei Fahrräder gestohlen worden, ein Herrenrad Marke „Frisch auf" mit Aluminiumnetz, Vorderfelgenbremse, Doppelsterpedo, Wulst, Felgen geld mit schwarzen Strichen, Steuerschale vorn ein Sprung; ein Damenrad rot emailliert, Doppelsterpedo, Gabelfederung, Wulst, Felgen geld. Wir bitten um Beachtung!

Staffellauf „Quer durch Adlershof". Am Sonnabend, den 9. August, veranstaltet der Arbeiter-Sportverein Adlershof seinen diesjährigen Staffellauf. Da nicht weniger wie 20 Mannschaften gemeldet sind, ist guter Sport zu erwarten. Die Strecke geht über 10×200 Meter. Start ist an der Turnhalle Hackenbergstraße. Ziel befindet sich an der Bismarck-, Ecke Waldstraße. Anschließend begeht der gastgebende Verein sein 2. Stiftungsfest im Lokal von Wölfstein. Das Programm, bestehend aus Musikvorträgen des Arbeiter-Musikvereins Adlershof, sportlichen Vorführungen und Rezitationen, garantiert einen genußreichen Abend. Die Arbeiterschaft Adlershofs sowie die Bruchvereine werden um rege Unterstützung beider Veranstaltungen gebeten.

Sport.

„Extraklasse" auf der Olympia-Radrennbahn. Das am kommenden Sonntag auf der Olympia-Radrennbahn stattfindende Dauerrennen „Extraklasse" wird als ein großes Ereignis im Radrennsport bezeichnet. Das über 100 km (2 Läufe zu 50 km) führende Rennen wird von fünf unserer besten Fahrer (Dauer) bestritten und zwar von Sawall, Lewanow, Rosellen, Weiß und Thomas. Mit Sawall kommt der Matador der Olympia-Radrennbahn wieder zum ersten Male nach der Eröffnung der Bahn am Start. Sein schärfster Gegner ist wohl in Lewanow zu sehen. Rosellen ist auch im Besitz seines ganzen Könnens, was sein Sieg am letzten Sonntag in Köln gegen erstklassige Konkurrenz beweist. Thomas stand am vergangenen Sonntag in Köln dem Sieger Rosellen nicht viel nach und endete mit diesem in einer Runde. Der fünfte Teilnehmer Weiß ist auf der Olympiabahn immer ein gern gesehener Gast und hat er hier immer seine besten Rennen gefahren. Die Führung von Sawall hat Meinhold, von Lewanow Geppert, von Rosellen Willy Hellich, von Thomas Rüttenauch und von Weiß Schedebradt übernommen. Um ein einwandfreies Ergebnis zu erzielen, werden den Fahrern bei nachweisbaren Defekten zwei Runden vergütet. Den Fliegern ist ein Malfahren über drei Runden und ein Vorgabefahren über vier Runden vorbehalten. Zum ersten Male in dieser Saison findet auch ein Zweisitzer-Rennen und zwar ein Prämienfahren über 15 Runden statt. Die Rennen beginnen um 3½ Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

S. 2. Ueber den Erwerb der Medaille können wir Ihnen auch keine Auskunft geben.

Die sozialistische Kulturwoche.

Lehrer- und Studententagung.

Leipzig, 8. August (Eigener Bericht). Die sozialistische Arbeiterkulturwoche fand mit den Tagungen der sozialdemokratischen Lehrerschaft und der sozialistischen Studentenschaft ihren Abschluß. Die Reichsausschußsitzung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer fand am Dienstag statt. In den Referaten und in der Diskussion kam der entschiedene Wille zum Ausdruck, Versäumtes nachzuholen und mit Energie an den Ausbau der Organisation und an die zahlreichen drängenden Aufgaben zu gehen. Der Beitritt zur sozialistischen Erziehungs-Internationale wurde beschlossen, Entschließungen auf Sicherung der Rechte der Lehrer an sämtlichen Schulen und auf Zulassung des Esperanto als Wahlfach an den oberen Klassen der Volksschule angenommen. Der provisorische Hauptvorstand wurde bestätigt. In den geschäftsführenden Vorstand wurden einstimmig gewählt: Dr. Löwenstein-Berlin als 1. Vorsitzender, Adams-Hamburg als 2. Vorsitzender und Genossin Oly-Dortmund und Siemsen-Jena als Schriftführer. Am Mittwoch fand im Kollegiensaale des Rathauses unter Teilnahme von ca. 200 sozialdemokratischen Lehrern aus dem ganzen Reich der sozialdemokratische Lehrertag statt. Nach kurzen Begrüßungsworten Crispiens und der Vertreter der holländischen, amerikanischen und deutschösterreichischen Lehrerorganisationen sprach Genosse Dr. Löwenstein-Berlin über den

Kampf um die Reichsschulpolitik.

In diesem Kampf, so führte er aus, hat die Sozialdemokratie die führende Rolle. Das Weimarer Schulkompromiß zeigt von Tag zu Tag immer mehr seine gefährlichen Auswirkungen. Die Reichsschulabteilung im Reichsinnenministerium büßt ihren Einfluß allmählich ein, und an ihre Stelle ist der Reichsschulausschuß getreten, der, aus Vertretern verschiedener Länder bestehend, ein Instrument des Partikularismus ist. Selbst die einzige große Tat der Reichsschulgesetzgebung, das Grundschulgesetz, soll wieder abgeschafft werden! Die Reaktion steht hier auf der ganzen Linie, einschließlich der Demokraten, geschlossen gegen uns. Da heißt es, sich bewußt werden, daß eine fortschrittliche Kultur- und Schulpolitik eine Lebensnotwendigkeit der aufsteigenden Klasse ist. Es geschieht auch nichts auf dem Gebiet der sozialen Maßnahmen: Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel ist bisher fast überhaupt nicht durchgeführt worden, und die Fortbildungsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahre steht noch auf dem Papier. Von einer Erziehungsbeihilfe ist nichts zu merken. Das Geld wird für erhöhte Gehälter der Geistlichen und für Pensionen verschleudert, ist aber nicht vorhanden für Kulturbedürfnisse des Volkes. Auf dem Gebiet der höheren Schulbildung gilt es, die Möglichkeit der Durchsetzung der Universitäten mit begabten jungen Proletariern zu steigern. Wie sehr sich die Reaktion rüstet, beweisen die bayerischen Anträge, die die Weimarer Verfassung in bezug auf die Schulpolitik völlig über den Haufen werfen. Hinter diesen Anträgen, die die Wiedererrichtung der konfessionellen Schulen bezwecken, steht das Konkordat. Dagegen muß die Arbeiterklasse den Kampf mit äußerster Konsequenz durchführen. Dem Gedanken der Reichsschulpolitik muß entgegen den partikularistischen Bestrebungen der Länder zum Siege verholfen werden.

In der sehr regen Diskussion betonte Crispien, daß die Sozialdemokratie den Schul- und Kulturfragen stets das größte Interesse entgegengebracht hat. Allerdings waren die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse einer Voranstellung der Kulturfragen nicht gerade günstig. Neben der Aktivität der Partei ist auch eine gesteigerte Aktivität der Lehrerschaft notwendig, ebenso ihre stärkere Fühlungnahme mit den Massen der Bevölkerung und ihre Eingliederung in die freigewerkschaftliche Bewegung. Mathilde Wurm, die dem Bildungsausschuß des Reichstags angehört, schilderte den zähen Kampf, den die Sozialdemokratie gegen das beabsichtigte reaktionäre Reichsschulgesetz dort geführt hat, und forderte stärkere politische Teilnahme der Lehrerschaft und Beeinflussung der Mütter im Sinn der weltlichen Schule. Genossin Effig verlangt

ein Arbeiterjugendrecht,

analog dem Jugendgerichtsgesetz. Simon befürwortet eine intensivere Aufklärung der Arbeitermassen nach dem Muster der katholischen Kirche über Kulturfragen durch die sozialdemokratische Presse. Verschiedentlich wird der Partei vorgeworfen, daß sie die Schulfragen zu sehr als eigene Angelegenheit der Lehrer betrachtet habe, während andere Redner wieder die Schuld an der angeblich geringen Aktivität der Partei in Schul- und Kulturfragen der Inaktivität der Lehrer zuschreiben. In seinem Schlußwort unterstreicht Dr. Löwenstein nochmals die außerordentliche Bedeutung aller kulturpolitischen Fragen.

Hierauf sprach Landtagsabgeordneter König über die

Gefährdung der Lehrerbildung durch die politische Reaktion.

Die politische und konfessionelle Reaktion macht die größten Anstrengungen, um die freie Ausbildung des Lehrers für den Dienst am Volk zu verhindern. Während Lehrerschaft und Sozialdemokratie für den Volksschullehrer die Universitätsprüfung fordern, will die Reaktion den jungen Menschen zur besseren Bevormundung bereits nach bestandener Reifeprüfung der Berufsausbildung zuführen. Die Schaffung eines Reichsschulgesetzes wird immer weiter hinausgeschoben, aber die Länder können nicht länger warten. Deshalb haben Sachsen und Thüringen bereits besondere pädagogische Hochschulen geschaffen. Hamburg ist auf dem Weg, diesem Beispiele zu folgen, und in Preußen wird es von der konsequenten Haltung der sozialdemokratischen Minister abhängen, ob es gelingen wird, pädagogische Institute zu schaffen, die sich den Universitäten anzugliedern haben werden. Ein Erfolg in Preußen wird einen Erfolg für das ganze Reich bedeuten.

Nach einer lebhaften Aussprache wird folgende Entschließung angenommen: „Der sozialistische Lehrertag in Leipzig fordert, daß die Lehrerbildung in folgender Weise gestaltet wird: 1. Die Allgemeinbildung wird erworben durch den Besuch einer höheren Schule bis zur Erlangung der Universitätsreife. 2. Die Berufsausbildung erfolgt auf Universitäten oder technischen Hochschulen."

Eine Resolution Schröter-Berlin unterstreicht die besondere

Aufgabe der Parteiorganisationen, sich mehr als bisher für die schulpolitischen Kämpfe zu rüsten

und verlangt, daß die Sozialdemokratie alle Organisationen, die den Kampf gegen die schulpolitische Reaktion führen, unterstützt und die Massen für diesen Kampf mobilisiert. Weiter wird ein Antrag Adam-Hamburg angenommen, der sich gegen etwaige Erweiterungen der Rechte der Bekenntnisschulen und gegen die Typisierung der höheren Schulen wendet, ferner einen achtjährigen höheren Lehrgang und die reichsgesetzliche Festlegung der Aufbauschule fordert.

Folgende Entschließung wird einstimmig angenommen:

Die am 6. August 1924 in Leipzig tagende Reichsversammlung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer erhebt den schärfsten Protest gegen die rücksichtslosen Maßnahmen der von den Völkischen abhängigen Rechtsregierung in Thüringen auf dem Gebiet des Schul- und Erziehungswesens. Unter Ausschaltung des Landtags werden auf bloßem Verordnungsweg alle Errungenschaften der thüringischen Schulreform beseitigt, der Aufbau der Einheitsschule zerstört und die staatliche Unterstützung von Volks- und Arbeiterbildungseinrichtungen gestrichen. Zugleich werden unter mißbräuchlicher Anwendung der Bestimmungen über den Beamtenabbau und unter Verletzung von Verfassung und Gesetz die in leitenden Stellungen befindlichen sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen ihres Amtes enthoben.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer weist die Oeffentlichkeit auf diese Vorgänge hin. Sie erwartet vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion, daß sie ihren ganzen Einfluß aufwenden, um ein Einschreiten der Reichsregierung gegen die Rechtsverletzungen der republikfeindlichen thüringischen Regierung herbeizuführen.

Hierauf schließt Genosse Dr. Löwenstein die Tagung.

Ein wichtiges Glied in der sozialistischen Arbeiterkulturwoche bildete endlich die auf vier Tage ausgedehnte

Konferenz der sozialistischen Studenten,

zu der Vertreter von 17 Hochschulen Deutschlands und Deutschösterreichs erschienen waren. Es galt, endlich die sozialistische Studentenvereinigung organisatorisch fest in die Gesamtbewegung des Proletariats einzugliedern und ihre Aufgaben und Ziele schärfer zu umreißen. Dies darf als voll erreicht angesehen werden. Stammer-Leipzig stellte in seinem einleitenden Referat fest, daß die Eroberung der politischen Macht die Gewinnung der geistigen Faktoren für den Sozialismus einschließe. Deshalb müsse eine genossenschaftliche Zusammenfassung der geistigen Arbeit angestrebt werden. Die wissenschaftliche Arbeit des einzelnen Genossen müsse in den Dienst der gesamten Parteibewegung gestellt werden. Stark-Wien betonte die Notwendigkeit der Voranstellung der Organisationsprobleme. In Wien, wo 1900 Studenten im sozialistischen Studentenbund organisiert sind, kann man bereits von einer Massenbewegung sprechen. Dort ist die Studentenbewegung schon überwiegend eine politische Bewegung, das Klassenbewußtsein der Kopfarbeiter erwacht allmählich, und sie stehen bereits in Reih und Glied im gemeinsamen Kampf mit den Handarbeitern. In der Diskussion unterstrich Dr. Adolf Braun, der den Parteivorstand vertrat, daß das Beispiel der deutschösterreichischen Genossen auch den deutschen Studenten Mut einflößen müsse.

In langwieriger Arbeit wurde dann das neue Organisationsstatut gestaltet, das der sozialistischen Studentenvereinigung das nötige Rückgrat und ihrer Propaganda die erforderliche Stoßkraft geben soll. In den Vorstand wurden Schäfer, Stammer und Wolf gewählt. Dann sprach noch Fellisch über

Wert und Wesen der parlamentarischen Arbeit.

Dr. Adolf Braun über „Die politische Entwicklung Deutschlands" und Privatdozent Dr. Hermberg-Leipzig über „Gildensozialismus und Syndikalismus". Im Anschluß an das Referat Fellisch wurde die folgende Resolution angenommen:

„Der Delegiertentag erklärt den Kampf geistiger Arbeiter gegen den Parlamentarismus für eine in ihren Auswirkungen in Deutschland und in Oesterreich durchweg reaktionäre und äußerst gefährliche Form des gegen den politischen Aufstieg der Arbeiterschaft gerichteten Kampfes. Gerade für die sozialistischen Studenten ist in der heutigen Situation die Bekämpfung der anti-parlamentarischen Bestrebungen eine unbedingte Notwendigkeit."

Am Mittwoch abend erhielt die Kulturwoche ihren wuchtigen und künstlerisch bedeutenden Ausklang in der Aufführung des Händelschen Chorwerkes „Samson", in der die Arbeitersänger ihre gewaltige Leistungsfähigkeit mit schönstem Erfolg vorführten. Der Riese Samson, geblendet von seinen Feinden, begräbt unter den Trümmern sich und die Philister. Der Riese Proletariat, durch das erwachte Klassenbewußtsein sehend geworden, begräbt unter den Trümmern des bürgerlichen Mammonstempels die kapitalistischen Philister und ersteht selbst in seiner physischen und seelischen Kraft zu neuem Leben. Das war die Idee der Leipziger Arbeiterkulturwoche.

Internationaler Transportarbeiterkongreß.

Zweiter Verhandlungstag.

Hamburg, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Am zweiten Verhandlungstage wird zunächst die am Donnerstag abgebrochene Aussprache über die Beitragsfrage fortgesetzt. Während die Franzosen und Belgier für eine Beibehaltung der bisherigen Regelung eintreten, die für Länder mit niedriger Valuta eine gewisse Vergünstigung bedeuten, drängen die Engländer darauf, daß eine Regelung erfolgt, die alle angeschlossenen Organisationen gleichmäßig bindend belastet. Die Oesterreicher und die tschechoslowakischen Vertreter erklären sich aus ähnlichen Gründen für den Antrag des Generalrats. Der Antrag wurde gegen die Franzosen und Belgier mit großer Mehrheit angenommen.

Zu einem Referat über die Aufrechterhaltung des Achtstundentages erhält dann das Wort Johannes Döring-Deutschland. Nach einem geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung des Problems bis zu seinem heutigen Stande betont der Redner, daß fünf kostbare Jahre verstrichen seien, ohne auch nur einen Schritt vorwärts zu tun. Ja, verschiedene Regierungen seien dazu übergegangen, durch Außerkraftsetzung von gesetzlichen Bestimmungen Verschlechterungen einzuführen. Dies Treiben unterstützen die Unternehmer gegenseitig auf internationalem Wege, indem sie durch die ihnen dienstbaren Kräfte

falsche Nachrichten verbreiten,

um die Arbeiter und deren Organisationen zu verwirren. Wie sehr das Unternehmertum international seinem Ziel zustrebt, geht aus der

Am 6. August, nachm. 2 Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber, guter Mann, unser guter Vater und Großvater

Adolf Bleck

im Alter von 60 Jahren.

Dies zeigen in tiefer Trauer an
Frau Auguste Bleck geb. Mattern
Artur Bleck
Klara Mirring geb. Bleck
Paul Mirring
Hans Mirring

Die Einäscherung findet Dienstag, 12. August, nachm. 4½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Deutscher Verkehrsbund.

Am Mittwoch, den 6. August, ist der Obmann unserer Revisionskommission

Adolf Bleck

nach einer schweren Operation gestorben.

Der Kollege Adolf Bleck hat Jahrzehnte hindurch unermüdlich für die Ausbreitung des Organisationsgedankens unter unseren Berufskollegen erfolgreich gewirkt.

Wir verlieren in ihm einen wertvollen Mitarbeiter, der sich durch seine vorzüglichen Charaktereigenschaften und seine treue Pflichterfüllung ein dauerndes Andenken unter unseren Mitgliedern erworben hat.

Der Bundesvorstand.

Die Einäscherung erfolgt am Dienstag, den 12. August, nachm. ½5 Uhr im Krematorium Baumschulenweg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Wegen der am Montag, 11. August, auf Beschluß der Gewerkschaftskommission stattfindenden Demonstration werden unsere sämtlichen Bureaus um 4 Uhr nachm. geschlossen.

Die Ortsverwaltung.

2 Mark
wöchentl. Teilzahlung
liefere
Eleg. Herren-Garderobe
fertig und nach Maß
Garantie für tadellosen Sitz u. Verarbeitung
Maßschneiderei **J. Kurzberg**
Oranienstraße 160, I.

Zum Einmachen:
Halb Zucker, halb Süßstoff!
Spart Geld und schmeckt vorzüglich.
1 H-Packung Kristall-Süßstoff Süßkraft = 1 Pfd. Zucker **10 Pf.**
Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen und Apotheken.

Allen Freunden u. Bekannten zur Nachr., daß unser Gen., der Tischler
Reinhold Heier
am Dienstag, den 5. Aug., nach zweijährig. Krankheit im Hospital Buch verstorben ist.
Beerdig. Sonnabend, 9. August, nachm. 2.30 Uhr, in Buch. Genossenschaft-Tischlerei „Idee".

KLEINE ANZEIGEN
in der Gesamtauflage des „Vorwärts" sind besonders wirksam und trotzdem
sehr billig!

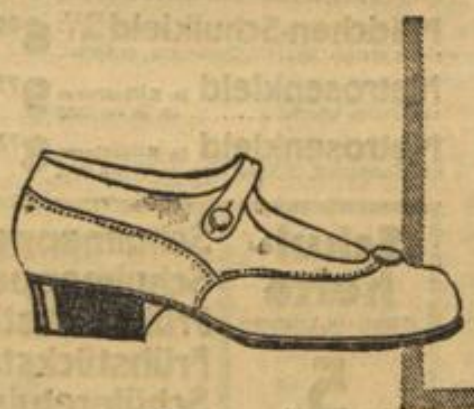
Gardinen
Sonderangebote u. Gelegenh.-Käufe in Resten
Stores, Bettdecken Madras- und Kunstseidengardinen.
Spezial-Gardinenwerkstatt
Neukölln, Bergstr. 67 am Ringbahnhof.

Süde Rügen kauft Lothringer Str. 46 Norden 4661

Ein Weltwunder
sind Elefanten-Erdbeeren. Riesenfrüchte werden in erstaunlicher Menge geerntet, wie es bisher nur der sonnendurchglühte Süden fertig gebracht hat. Die sehr, sehr frühreifenden Riesenfrüchte liegen förmlich in Haufen um die Pflanze, das Fleisch ist blutrot, voll und fest, hochedel, wunderbar schmelzend, von berückendem Aroma und honigähnlicher Süßigkeit. Eine ausgiebige Kostprobe übt auf unsere Geschmacksnerven eine berückende Wirkung aus. Man hat beim Anblick eines Beetes dieser Erdbeeren den Eindruck des Außergewöhnlichen, Unerwarteten, noch nie Dagewesenen. An jedem Stock wurde durchschnittlich ein Fruchtansatz von 300 Stück gezählt. Die ungeheure Tragbarkeit ist verblüffend, man kann die Riesenfrüchte im wahrsten Sinne des Wortes „scheffeln"! Das hier Gebotene übertrifft das bisher im nördlichen Klima für möglich Gehaltene bedeutend. 10 kräftige Pflanzen 1 M., 25 St. 2 M., 50 St. 3,50 M., 100 St. 6,50 M., 250 St. 15 M., 500 St. 25 M., 1000 St. 40 M. Die Pflanzen kommen gegen Nachnahme oder vorherige Kasse in Moos verpackt zum Versand. Der Erfolg wird nicht ausbleiben, wer nach meiner Kulturanweisung handelt, die ich jeder Sendung gratis mitgebe.
Versandgärtnerei Holtze, Ratzebuhr 165.

Wanzen f. Brut sowie Ungeziefer j. Art. f. jed. Laie selbst in wenigen Stunden ohne Hilfe, Geld- od. Zeitverl. unt. Garantie durch **Linksol-Gas** radikal befeit, selbst da, wo a. and. Mittel versagt.
Warnung v. minderw. u. marktschr. Nachahm.
Linksol-Gas m Originalerf. ist das Produkt jahrelanger praktischer Erfahrungen. Vorrätig in Drogerien. Generalvertr.: **E. Bundram, Berlin O., Istlandstr. 2.**

Zähne 1 u. 2 G.-M. auf Teilzahlung
gestattet b. kl. Anzahl. u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v. 3 G.-M. an. Zahnz. mit Betäub. 1 G.-M., b. Bestellg. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 1 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20 000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.
Hatvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schönhauser Allee.
Vorzeiger 10 % Rabatt.



„Lonnod!"
sprach die Frau Mama,
„Tack
Ihr gute Schuh ist da.

113 eigene Verkaufsstellen im Reiche, davon 19 Verkaufsstellen in Groß-Berlin

Mädchen-Schulstiefel, Ia R.-Chevreau mit Lackkappe, beste Verarbeitung und prima Lederausführung. Gr. 34/35 6.40, Gr. 31/33 5.90, Gr. 29/30 5.40, Gr. 27/28 nur **4.90**

Knaben-Schulstiefel, kräftiges Rindbox, gute Lederverarbeitung, starker Strapazierstiefel für Schule u. Straße, ganz besonders günstig. Gr. 36/39 7.20, Gr. 34/35 6.40, Gr. 31/33 5.90, Gr. 29/30 5.40 . . . . . Gr. 27/28 **4.90**

Mädchen-Spangenschuh, R.-Chevreau und Boxkalf, entzückende Paßform. Gr. 25 bis 35 . . Gr. 25/26 von **4.90** an

Mädchen braun R.-Chevr.-Spangenschuh, Gr. 27 bis 39 . . . . . Gr. 27/28 **6.90**

Mädchen braun Schnürschuh, Rindbox und R.-Chevreau, elegant und haltbar. Gr. 27 bis 39, Gr. 27/28 von **7.50** an

Turnschuhe
mit Leder-, Chrom- und Gummisohle
Sandalen
durchgenäht und flexible

Schuhfabrik Lonnod Tack & Cie A.G. Burg b. Magdeb.

Stellungnahme der Arbeitgeber zu einem Antrag der Arbeitnehmer wegen des Washingtoner Abkommens hervor, der beim Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts eingebracht wurde. Die Vertreter der Unternehmer stemmten sich nicht nur gegen den Antrag, sondern gegen das ganze Problem. Hier gebe es weder „Feindbund" noch „Nationalitätenhaß". Angesichts dieser Verhältnisse müssen die Gewerkschaften die alten Methoden wieder zur Anwendung bringen, d. h. die Gewerkschaften müssen sich wieder einstellen auf den geschlossenen und entschlossenen Kampf. Redner ging zum Schluß auf das Verhalten des Vertreters der deutschen Regierung vor dem Internationalen Arbeitsamt ein und bezeichnete das Herumdrücken um eine klare Stellungnahme unter dem Vorwand, daß dies eine innere deutsche Frage sei, für unverantwortlich. Der Kampf um den Achtstundentag müsse nach den Möglichkeiten der einzelnen Länder und mit Unterstützung des Internationalen Arbeitsamts, dessen Hilfe wegen seines außereuropäischen Wirkungskreises von besonderer Bedeutung sei, fortgesetzt werden. Döring empfiehlt die Annahme einer von ihm entworfenen Entschließung.

In der Aussprache erklärt Bromley-England, daß durch den Druck starker Organisationen auf die Regierungen die Bestrebungen des Internationalen Arbeitsamtes unterstützt werden müßten. Cramb-England nimmt Bezug auf einen Antrag über den Achtstundentag, den seine englischen Kollegen eingebracht haben. Er hegt Befürchtungen, daß durch die allgemeine Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, wie es die Resolution Döring vorsieht, die bereits jetzt bestehenden besseren Arbeitszeitbedingungen der englischen Eisenbahner wieder in Frage gestellt werden könnten. Scheffel-Deutschland tritt dieser Auffassung entgegen, weil er der Meinung ist, daß eine Verschlechterung überhaupt nicht eintreten kann, da das Abkommen den Achtstundentag bzw. die 48-Stunden-Woche als normale Arbeitszeit bezeichnet.

In der Nachmittagssitzung wird in der Diskussion über das Referat Döring und über den Antrag auf Ratifizierung des Washingtoner Abkommens fortgefahren. Walkden-England erklärt, daß man in England alles versuchen werde, um das Abkommen im Sinne der vorgelegten Resolution durchzuführen. Einige aufgetretene Mißverständnisse klärt dann Döring durch einen Ergänzungsantrag zu seiner Resolution auf. Die Entschließung wird dann in folgendem Wortlaut angenommen:

„Der Kongreß der Internationalen Transportarbeiter-Föderation erklärt die uneingeschränkte Einführung des Achtstundentages oder der 48-Stunden-Woche und deren gesetzliche Festlegung als

das wichtigste Kampfobjekt

der ihr angeschlossenen Organisationen. Die auf der Arbeitskonferenz des Internationalen Arbeitsamtes in Washington in bezug auf den Achtstundentag gefaßten Beschlüsse sind das Mindestmaß dessen, was die Arbeiterschaft zunächst verlangen muß. Anstatt diese Beschlüsse zu respektieren und sie zur Anerkennung zu bringen, versuchen die herrschenden Klassen überall da, wo sich Ansätze zur Regelung der Arbeitszeit bemerkbar machen, diese mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln wieder zu beseitigen. Dadurch erbringen sie den Beweis, daß sie unfähig sind, die durch ihre rohe Gier nach Profit hervorgerufenen unerträglich gewordenen Zustände in der Weltwirtschaft zu erkennen und zu beseitigen. Der Kongreß bringt zum Ausdruck, daß mit der Ratifikation des Washingtoner Abkommens eine Verschlechterung bestehender Arbeitsbedingungen nicht eintreten soll und daß die 48-Stunden-Woche nicht auf den Sonntag ausgedehnt werden darf. Die gemeinsamen Angriffe der Regierungen und der Unternehmer auf den Achtstundentag und die sonstigen Rechte der Arbeiter beweisen zur Genüge, daß ihnen der geistige Aufstieg und die wirtschaftliche Vervollkommnung der Arbeiterklasse nicht nur gleichgültig ist, sondern daß sie die Arbeiter zu Heloten herabdrücken wollen. Dieser Offensive der herrschenden Klassen muß die Arbeiterschaft daher eine Offensive zur Erweiterung ihrer Rechte besonders in bezug auf Mitbestimmungsrecht in den Betrieben und vor allem für die uneingeschränkte Einführung des Achtstundentages oder der 48-Stunden-Woche entgegenstellen. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation wird diesen Kämpfen der ihr angeschlossenen Organisationen allergrößte Aufmerksamkeit schenken und auf das tatkräftigste unterstützen."

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt die Anwesenheit von 114 Delegierten, die 40 Organisationen aus 19 Ländern mit 2010807 Mitgliedern vertreten. Es wird dann in die Beratung des Geschäftsberichtes eingetreten. Eine längere Diskussion entspinnt sich über den Abschnitt, der von den Verhandlungen der Vertreter der ITF. mit den russischen Transportarbeiterverbänden im Mai 1923 in Berlin berichtet. — Guinchard-Frankreich wendet sich gegen die Verhandlungen mit den Russen und erklärt, daß die Vornahme von Maßnahmen gegen Kriegsgefahren Angelegenheit des IGB. sei. — Machbank-England betont, daß die Russen uns zwar herzlich willkommen seien, aber

man müsse unterscheiden zwischen aufrichtigen Gewerkschaftlern und bezahlten Agenten,

die die Aufgabe hätten, die Gewerkschaften zu zerstören. — Sardelli-Italien gibt der Meinung Ausdruck, daß die Verhandlungen mit den Russen in Ausführung der bezüglichen Beschlüsse der Wiener Konferenz durchaus berechtigt gewesen seien. — Auch Brodezki-Tschechoslowakei hält Verhandlungen zur Herstellung der Einheitsfront nicht für eine Verbesserung. — Jochade-Deutschland weist darauf hin, daß der Generalrat die in Berlin getroffenen Vereinbarungen nicht gutgeheißen habe, und zwar aus grundsätzlichen Erwägungen.

Nach einer kurzen Darstellung des Verlaufes der Berliner Konferenz mit den russischen Transportarbeitern und der Gründe, die zu einem negativen Ergebnis geführt haben, durch Fimmen, erklärt Chapell-Belgien, daß die belgischen Organisationen von vornherein gegen die Verhandlungen mit den Russen gewesen seien. — Auf Vorschlag des Vorsitzenden Williams wird, nachdem diese Frage geklärt ist, der gesamte Geschäftsbericht angenommen. Schumann-Deutschland spricht namens des Deutschen Eisenbahner-Verbandes und des Deutschen Verkehrsbundes den Organisationen der ITF. den Dank aus, die in kritischer Zeit die deutschen Organisationen unterstützt haben. Die Beratungen werden dann auf Sonnabend vertagt. Man hofft, daß dann der Vertreter des IGB., Jouhaux, anwesend sein kann.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Letzter Verhandlungstag.

Prag, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Heute leitete Husemann, der Vorsitzende der deutschen Delegation, die Kongreßberatungen. Er teilte mit, daß das internationale Komitee sich in seiner Sitzung am Donnerstag mit den Berichten über die Tätigkeit und die Zusammensetzung des Sekretariats befaßt habe. Er beantragt daher, von der Beratung des Berichts im Plenum des Kongresses abzusehen, was allgemeine Zustimmung fand.

Hierauf schritt der Kongreß zur Vornahme der Wahl der Funktionäre. Zum Vorsitzenden der Internationale wurde der bisherige

Vorsitzende Smith wiedergewählt.

Als Husemann das Ergebnis bekanntgab, ertönte minutenlanger Beifall. Smith dankte für die Wiederwahl und sprach den Wunsch aus, daß die Einstimmigkeit, die auf diesem Kongreß zutage trat, auch weiterhin aufrecht erhalten werde. Zum Kassierer wurde Estreich gewählt. In die Exekutive wurden ihre bisherigen Mitglieder wieder entsandt. Von der Wahl eines permanenten Generalsekretärs der Bergarbeiterinternationale wurde abgesehen und eine Resolution Smith angenommen, in der ausgeführt wird, daß sich die Exekutive mit der Frage der Anstellung eines Sekretärs befaßt und beschlossen habe, definitive Vorbereitungen zur Errichtung des Sekretariats zu treffen. Der Kongreß bevollmächtigte das Internationale Komitee, binnen drei Monaten eine Sitzung nach Brüssel einzuberufen zu dem Zwecke, die Frage des Sekretariats definitiv zu erledigen.

Zur Schlußrede ergreift Smith das Wort. Er vergleicht

die Stärke der Bergarbeiterorganisationen

zur Zeit des Frankfurter Kongresses 1922 mit ihrer heutigen Stärke. In der Tschechoslowakei gab es 1922 116 000 organisierte Bergleute, heute 70 000, in Großbritannien 800 000, heute 800 000, in Deutschland 460 000, heute 249 000, in Frankreich 100 000 heute 60 000, in Ungarn 17 000, heute 18 500, in Amerika 500 000, heute 600 000, in Rumänien früher keine, heute 11 500, in Oesterreich 30 000, heute 20 000, in Jugoslawien 300, heute 1000, in Belgien 98 000, heute 80 000, in Holland 2500, heute 2000, in Luxemburg 2000, heute keine, in Polen früher keine, heute 45 000, in Spanien früher keine, heute 15 000. Die Gesamtzahl der organisierten Bergleute ist von 2 128 800 auf 1 972 150 zurückgegangen. Smith findet diese Zahlen nicht besonders erfreulich. Er ist der Ansicht, daß mit der Zahl der beschäftigten Bergleute, die zugenommen hat, auch die Zahl der Organisierten steigen sollte. Smith dankt der Regierung der Tschechoslowakei und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das junge Land bald in der Verstaatlichung der Gruben voranschreiten werde. Er gedenkt noch einmal zusammenfassend der Kongreßarbeiten und schließt mit den Worten: „Für den Frieden, gegen den Krieg!"

Wenn Sie wüßten
wie sicher und bequem Sie Ihre
Hühneraugen und Hornhaut
durch **„Lebewohl"**
los werden, würden Sie sich nicht erst mit minderwertigen Mitteln herumärgern.
„Lebewohl" wirkt durch Filzring sofort schmerzlindernd.
Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf.
— Seit 20 Jahren bewährt. —
In Drogerien und Apotheken zu haben.
Verlangen Sie ausdrücklich Lebewohl mit Filzring!

Die Bekämpfung des Ungeziefers bei Mensch und Tier ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gesundheitspflege. Mit **Cuprex** gelingt die Ungezieferbeseitigung schnell, sicher, leicht und unauffällig, sowie ohne gesundheitliche Nachteile. **Cuprex** ist das wirksamste und beste Mittel gegen Kopfläuse und übertrifft alle bisherigen Mittel, weil es das Ungeziefer samt Eiern (Nisse) mit einem Male vernichtet.
Apotheken und Drogerien halten **Cuprex** in kleineren und größeren Packungen vorrätig.

ZUM SCHULANFANG

Mengenabgabe vorbehalten — Verkauf soweit Vorrat

Kinder-Wäsche

Mädchen-Hemden viereckige Form, mit Hohlsaumlangetten ..... 40 cm lang **85** Pf.
Jede weitere Grösse 10 Pf. mehr

Mädchen-Hemden viereck. Form, mit schöner Stickerei garniert ..... 40 cm lang **1.00**
Jede weitere Grösse 15 Pf. mehr

Mädchen-Beinkleider Knieform, mit Stickerei-Ansatz ..... 30 cm lang **1.55**
Jede weitere Grösse 20 Pf. mehr

Mädchen-Beinkleider Knieform, mit schönem Stickerei-Ein- u. -Ansatz, 30 cm lg. **2.25**
Jede weitere Grösse 25 Pf. mehr

Mädchen-Nachthemden vierseitig. Ausschnitt u. Stick., am hint. Rücken garn., 55 cm **2.25**
Jede weitere Grösse 35 Pf. mehr

Mädchen-Prinzessröcke gutsitzend Form, m. schöner Stick. garn., 45 cm lg. **1.85**
Jede weitere Grösse 25 Pf. mehr

Mädchen-Hemdhosen mit Trägern, mod. Form und guter Stickerei-Ansatz, 30 cm lg. **3.90**
Jede weitere Grösse 75 Pf. mehr

Knaben-Hemden aus gutem Stoff, mit Schiller- und Matrosenausschnitt ..... 40 cm lang **1.35**
Jede weitere Grösse 20 Pf. mehr

Knaben-Nachthemden Gelsha-Ausschn. o. Umlegekrag., m. farb. Besatz u. Tasche, 55 cm lg. **2.95**
Jede weitere Grösse 45 Pf. mehr

Sandalen braun Rindleder, mit biegsamer Sohle, gut. Fabrikat .. Gr. 27-35 **3.90**

Mädchen-Schulkleid 60-100 cm lang, aus schott. Stoffen, ca. 60 cm lang **5.00** W. 10 cm je 80 Pf. mehr

Mädchen-Schulkleid 60-100 cm l., reinw. marine Chev., mit Tressenbes., ca. 60 cm l. **6.00** W. 10 cm je 75 Pf. mehr

Matrosenkleid in Kittelform aus marine Cheviot ..... ca. 60 cm lang **9.75** W. 10 cm je 75 Pf. mehr

Matrosenkleid in Kittelform aus Kadettstoff, 70-95 cm lang, ca. 70 cm lang **8.75** W. 10 cm je 80 Pf. mehr

Knaben-Sporthemd aus Flanell, 60-90 cm lang ... ca. 60 cm lang **3.50** W. 10 cm je 80 Pf. mehr

Knaben-Gürtelhosen aus marine Cheviot, für 6-14 Jahre, für 6 Jahre **4.50** W. 10 cm je 25 Pf. mehr

Waschbare Schulanzüge Joppenform, für 9-14 Jahre ..... für 9 Jahre **8.50** W. 10 cm je 50 Pf. mehr

Buckskin-Schulanzüge Joppenform mit Revers, für 6-14 J., für ca. 6 J. **12.50** W. 10 cm je 1,00 mehr

Schulhefte 16 Blatt stk., holzfreies Papier mit Löschblatt Stück **5** Pf.

Schulmappen f. Knaben u. Mädchen, braun longrain Kunstl., Lederecktasse, Rindl.-Riemen **3.75**
Schulmappen kräftiges Rindleder, für Knaben und Mädchen **6.90**
Frühstückstaschen Rindleder, mit Tragriemen **1.75**
Frühstückstaschen echt Voll-Rindleder, zum Umhängen **2.45**
Schüleretuis Rindleder, mit Einrichtung für Federhalter, Bleistift usw. **1.65**

Butterbrotpapier garantiert fettdicht 100 Blatt **35** Pf.

Kinder-Stiefel schwarz Rindbox und R.-Chevreau, bequeme breite Form ..... Grösse 27-30 **4.90** Gr. 31-35 **5.90** Gr. 36-39 **7.50**

HERMANN
Leipziger Strasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee

Kinder-Wirkwaren

Kinder-Strümpfe schwarz u. farb., 1×1 gestr., Gr. 3-5 **75** Gr. 6-9 **95** Pf.

Kinder-Söckchen schwarz und unifarben ..... Grösse 1 **50** Pf.
Jede weitere Grösse 5 Pf. mehr

Schulanzug gestr., sehr fest, Gr. 1-3 **10.50** 4-5 **12.50** 6-8 **14.50**

Kinder-Sweater Baumwolle, farbig, 3/4 Arm, 35-45 cm ..... **85** Pf.

Kinder-Sweater 1×1 gestrickt, starke Qualität, Gr. 1-2 **1.75** 3-5 **2.25**

Kinder-Springhöschen makofarbig ..... **95** Pf.

Kinder-Trikots makofarbig, 3/4 Arm, Grösse 60-80 **1.75** 90-110 **2.25**

Kinder-Schlüpfer Baumwolle, farbig ..... Grösse 40 **1.20**
Jede weitere Grösse 10 Pf. mehr

Knaben-Hemden makofarbig **1.75**

Knaben-Beinkleider makofarbig **1.45**

Turnschuhe mit angegossener Gummisohle ... Grösse 27-35 **2.70**

Verkäufe

Trotz Teilzahlung liefere sofort Korbmöbel, Metallbetten, Kinderwagen. Voll, Große Frankfurter Str. 47, gegenüber Markusstr., Zweiggeschäfte: Charlottenburg, Goethestr. 47, Adlershof, Kronprinzenstr. 48. *

Milchschafe, ostfriesische, verkauft billig Afrikanischestraße, Siedlung Juneferndeide, Haus 37.

Singerbobbin, Dürkopp, Adler, gebrauchte Hausmaschinen 18.— an. Werner, Brandenburgstraße 4. *

Kinderwagen, Klappsportwagen, Promenadenwagen, Kinderbettstellen, Kinderstühle, neue und gebrauchte, billigst Schwarzmann, Kottbusser Damm 93 (kein Laden). *

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Monatsanzüge, getragene, neue, Gummimäntel, Taillenpaletots, Jackettanzüge, Gehrockanzüge verkauft gegen Auszahlung spottbillig Alexanderstraße 28a, hochpartere. Gesellschaftsanzüge leihweise. *

Herrenanzüge, Mäntel, prima Qualitäten, geringe Anzahlung, bequeme Teilzahlung. Fuchs u. Co., Invalidenstraße 35 I, Stettiner Bahnhof. *

Damenmäntel, Damenkleider, Sommerröcke 3.95, Frotteeröcke 4.95, Musselinkleider 4.50, 5.50, Frotteekleider 7.50, 10.—, 12.— usw., entzückende Modellkleider, Donegalmäntel 8.—, Tuchmäntel 7.—, Covercoatmäntel 9.—, Staubmäntel 10.—, Alpakamäntel 13.—, imprägnierte Covercoatmäntel 13.—, Homespunmäntel 16.—, 21.—, Modelltuchmäntel 25.—, 29.—, Riesenauswahl, direkt Werkstatt Schmechel, Gipsstraße 25, Bahnhof Börse. *

Monatsanzüge, Sommerpaletots, Gesellschaftsanzüge, korpulente Figuren, staunend billig. Reß, Cormannstr. 25/26, früher Mulackstraße. *

Kredithaus zu Ladenpreisen. Damen- und Herrengarderoben, Damen- und Herrenschuhe, Wäsche, Betten, Pelze, Gardinen, Steppdecken in bequemer Abschlagszahlung. Kaufhaus Hirschberg u. Co., Turmstraße 57, 1. Etage. *

Monatsgarderoben, wenig getragene Frocks, Smokings, Jakettanzüge, Beinkleider zu Friedenspreisen, sowie neue Anzüge, Taillenmäntel im Monatsgarderobenhaus Oranienstraße 139 I (Heinrichplatz). *

Damenmäntel, Donegalmäntel 4.90, entzückende Tuchmäntel 6.75, wasserdichte Covercoatmäntel 12.50, Homespunmäntel 13.50, reinwollene Flauschmäntel 11.75, reinwollene Modelltuchmäntel 20.50, eparte Affenhautmäntel 24.75, Riesenauswahl. Werkstatt Altmann, Rosenthalerstr. 44, direkt Börsebahnhof. *

Monatsgarderobe kaufen Sie billig in Lowicks Leihhaus, Prinzenstraße 105; Anzüge, Paletots, Taillenmäntel, Gummiwaya, Sportpelze, Gehpelze, Füchse aller Art. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Teilzahlung gestattet. *

Gardinen, Halbstores, Bettdecken, Divandecken, Steppdecken in allen Größen und Qualitäten. Größte Auswahl, billigste Preise, auf Teilzahlung bei kleiner An- und Abzahlung. Fuchs u. Co., Invalidenstr. 35 I (Ecke Chausseestraße), Stettiner Bahnhof. *

Gelegenheit! Seidenjumper 2.95, Wollwesten 7.50, Strandjacken, Engros-Käufe, Gürtelein, Invalidenstr. 152. *

Pelzwaren unglaublich billig! Elegante Opossum-Garnituren 25.— sowie Pelzwaren aller Art nur im Pelzhaus Spitzer, Kommandantenstr. 27, Laden. *

Monatsanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jakettanzüge, Sommerpaletots, Cutawayanzüge, Gummimäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Halpern, Rosenthalerstr. 4, erste Etage. *

Verleih von Gesellschafts-Anzügen, Rosenthalerstraße 4. *

Möbel

Fünfundsechzig Anleihescheine, Bilder, Kredenzen, Sofaumbaue, Bücherschränke, Schreibtische in Eiche, Nußbaum, Bertilo 38 Goldmark. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 56. *

Wichtig! für jedermann. Täglich werden verkauft: Kleiderschrank, Vertiko 18 Goldmark, Bettstellen, komplett, 16, Metallbettstellen mit Auflegematratzen 22, Flurschränke, Waschtoiletten 18, Chaiselongues 18, Kommoden 12, Bücherspinde, Schreibtische 36, Trumeaus 29, Büfetts 75, Tische 6, Kücheneinrichtung 48, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer 225, Küchenarmituren, Lederkubiksessel 65. Riesenauswahl, über 500 Zimmer. Alles tatsächlich spottbillig. Storgards Möbel- und Lombardpalast, Prenzlauer Straße sechs. Geschäftszeit bis 8. *

Möbelspeicher, Alte Schönhauserstraße 33/34, Hof links. Nußbaum-Küche, Eiche-Küche, Schlafzimmer, Metallbetten sehr billig. *

Patentmatratzen 12.—, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues, Walter, Stargarderstraße achtzehn. *

Musikinstrumente

Fabrikneue Pianos 385.— bis 450.—, konkurrenzlos. Piano-Engrosshaus Voigt, Sanderstr. 30, Genossen 10% Ermäßig. *

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 35. *

Fahrräder

Gebrauchtrad., Brennabor-Räder, Waffenräder bedeutender Preisabbau. Schlaue, Weinmeisterstraße vier. *

Fahrrad-Poser, Mantteuffelstraße 81. Einführungspreise Rennpedale 2.40, Ketten 2.—, Primebecken 3.—, Primaschläuche 1.40. Reparaturen billigst. *

Freilaufräder 35.—, Damenräder 40.—, Markenräder billigst verkauft Werner, Brandenburgstraße 4. *

Kaufgesuche

Fahrräder kauft Linienstraße 19. *

Fahrradankauf, Reparaturen. Mantteuffelstraße 81. *

Verschiedenes

Umpreßhüte, Damen und Herren, werden nur gut hergestellt in maschineller Hutfabrik. Annahme Hutlager Naunynstraße 35 (Oranienplatz). Reiche Formenwahl. *

Gewissenhafte Untersuchung. Jedermann Hildesheim, Bülowstraße 62. *

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Schüler, intelligenten, für leichten täglichen Botengang sucht Meiser, Buttkamerstraße 3.

Tüchtige Maschinensetzer für Linotype stellt ein bei gutem Lohn Rauchsche Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Berlin S. 14, Stallschreiberstraße 5.

Schriftleiter
gesucht für das Organ einer großen freien Angestelltengewerkschaft, der mit den Gebrüchnissen der Angestellten vertraut ist und über einwandfreie gewerkschaftliche Schulung verfügt.
Bewerber, die gute Redner sind, erhalten den Vorzug.
Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Schriftproben unter F. 34 an die Hauptexpedition erbeten. *

Galvaniseur, qualifizierter Ar. heiter, zu einer Stahlfederfabrik per sofort, auf ständigen Posten oder nur während der Ferien gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen an Fa. „SPLAW", Warszawa, Ordnungstr. 11, Polen

Jüngeren Boten
(14—16jährig) verlangt
Vorwärts-Verlag, Lindenstr. 4 (Laden)